Gewalt-erfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen

LAG **Queeres Netzwerk** Sachsen
Respekt.Akzeptanz.Vielfalt.

Gewalt-erfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen

Herausgegeben von:
Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)
Queeres Netzwerk Sachsen

Autorin:
Vera Ohlendorf, Magister Philosophie und
M.A. Kultur- und Medienmanagement
(LAG Queeres Netzwerk Sachsen)

Co-Autor:
Martin Wunderlich, M.A. Politikwissenschaft
(LAG Queeres Netzwerk Sachsen)

in Kooperation mit:
Prof.in Dr.in phil. Gudrun Ehlert und
Prof.in Dr.in phil. Asiye Kaya
Fakultät Soziale Arbeit an der
Hochschule Mittweida

auf Grundlage der Daten von:
Sabine Fraede, Dipl. Soziologin und
Peggy Gruna, M.A. Soziale Arbeit

Stand: 03. Juni 2019

Impressum

Herausgeber*innen:
LAG Queeres Netzwerk Sachsen
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden

Fachstelle
Waldschlößchenstraße 24
01099 Dresden

www.queeres-netzwerk-sachsen.de
info[at]queeres-netzwerk-sachsen.de

Autorin:
Vera Ohlendorf, Magister Philosophie und M.A. Kultur- und Medienmanagement (Referentin für Projektmitarbeit, LAG Queeres Netzwerk Sachsen)

Co-Autor:
Martin Wunderlich, M.A. Politikwissenschaft (Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, LAG Queeres Netzwerk Sachsen)

Redaktion:
Fachstelle der LAG Queeres Netzwerk Sachsen

Gestaltung und Satz:
Martin Wunderlich, M.A. Politikwissenschaft (Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, LAG Queeres Netzwerk Sachsen)

Redaktionsschluss:
03. Juni 2019

Inhaltsverzeichnis

Grußwort ... 6
1. Einleitung ... 7
2. LSBTTIQ* - um welche gesellschaftlichen Gruppen geht es? ... 9
3. Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen ... 10
4. Hassgewalt und politisch motivierte Kriminalität ... 14
5. Methodik ... 16
5.1. Fragestellungen und Hypothesenbildung ... 16
5.2. Zielgruppen und Zielgruppenansprache ... 17
5.3. Entwicklung und Aufbau des Fragebogens, Erhebungsablauf, Auswertung ... 18
6. Teilnehmende: Alter, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Selbstverortung ... 20
6.1. Alter ... 20
6.2. Geschlechtliche Selbstverortung ... 22
6.3. Sexuelle Orientierung ... 23
7. Gewalterfahrungen in Sachsen innerhalb der letzten 5 Jahre ... 24
8. Anzeigebereitschaft ... 27
9. Erfahrungen mit der Polizei ... 30
10. Anregungen der Befragten zum Absenken von Anzeigebarrieren ... 35
11. Weitere Studienergebnisse ... 37
12 Fazit ... 38
12.1 Bewertung der Ergebnisse ... 38
12.2 Handlungsempfehlungen ... 42
12.3 Ausblick ... 43
A. Literatur- und Quellenverzeichnis ... 45
B. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis ... 48
C. Namensverzeichnis Crowdfunder*innen ... 49
D. Anhang ... 50

Grußwort

Liebe Leser*innen,

dies ist die erste Studie, die sich mit vorurteilsbezogener Gewalt bzw. Hasskriminalität gegenüber LSBTTIQ* im Freistaat Sachsen befasst. Die Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen hat in Kooperation mit der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida diese Studie auf den Weg gebracht und umgesetzt. Vielen Dank für Ihr Engagement, das schwere aber wichtige Thema der Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* Personen in die breite Öffentlichkeit zu tragen und mit Zahlen zu belegen. Es ist ein wichtiger Schritt, der deutlich macht, dass Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* Personen kein Randphänomen sind oder Einzelerfahrungen, sondern leider zur gesellschaftlichen Realität in Sachsen gehören, der entgegenzuwirken ist.

Zu dieser gesellschaftlichen Realität gehören auch Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* Menschen, die unter der Gewaltschwelle liegen und genauso schmerzhaft und demütigend sein können. Menschen machen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wie beispielsweise in der Schule, bei der Arbeit, im Geschäft oder im Gesundheitsbereich Diskriminierungserfahrungen. Seit vielen Jahren engagieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen wie z.B. Gerede – homo, bi und trans e.V. in Dresden, different people e.V. in Chemnitz oder der RosaLinde Leipzig e.V. für die Interessen von LSBTTIQ* und sind für Betroffene ebenso Beratungs- und Unterstützungsstruktur.

Im Jahr 2017 hat die sächsische Staatsregierung den Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen verabschiedet, der Teil der Antidiskriminierungspolitik in Sachsen ist. Der Landesaktionsplan beinhaltet ein umfangreiches Maßnahmenpaket für unterschiedliche Handlungsfelder, um Diskriminierung entgegenzuwirken und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Einiges von diesen Maßnahmen ist auf den Weg gebracht worden.

Die nun vorliegenden Studienergebnisse zu Gewalterfahrungen sollten ebenso Eingang in die sächsische Landespolitik finden, denn im Bereich Opferschutz und Gewaltprävention besteht dringender Handlungsbedarf. Hier müssen weitere Maßnahmen im Sinne des Opferschutzes und der Gewaltprävention folgen.

Sotiria Midelia,
Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

1. Einleitung

Diskriminierungen und Ausgrenzungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTTIQ*) sind in Sachsen noch immer Alltag. Laut Sachsenmonitor 2018 halten 32% der Befragten im Freistaat gleichgeschlechtliche Beziehungen für „unnatürlich". Solche Vorurteile führen nicht selten zu psychischer, physischer und sexueller Gewalt. Die Beratungsarbeit der Mitgliedervereine der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Queeres Netzwerk Sachsen ließ nicht erst seit Sommer 2018 (als das Konzept der Studie im Entstehen begriffen war) vermuten, dass die Dunkelziffer von vorurteilsmotivierter Gewalt im Freistaat hoch ist.

Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen ist der Dachverband der sächsischen Interessenvertretungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTTIQ*). Gegenüber Politik, Gesetzgebung, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Sachsen vertritt sie deren Interessen, Bedarfe und Belange in allen Lebensaltern und allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie wurde 2016 auf Initiative der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, gegründet.[1]

Am 22. September 2017 verabschiedete die Sächsische Staatsregierung den „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen"[2] (LAP), der Maßnahmen zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe und zum Diskriminierungsabbau von LSBTTIQ* in unterschiedlichen Handlungsfeldern vorsieht. Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen begleitet und unterstützt die Landesregierung bei der Umsetzung der Maßnahmen und ist zu diesem Zweck Teil des von der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration einberufenen Projektbeirates. Der Bereich Gewaltprävention und Opferschutz ist ebenfalls Teil des LAP[3], jedoch sah die Staatsregierung im Jahr 2017 aufgrund der geringen Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität in der Kategorie „sexuelle Orientierung" der offiziellen Statistik des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes für Sachsen „[…] keinen Anlass für besondere Maßnahmen zur Sensibilisierung und Qualifikation von Polizeibeamten zum Thema Hasskriminalität bezogen auf LSBTTIQ […]."[4]

Bisher gab es über die offizielle Kriminalstatistik hinaus keine wissenschaftlichen Erhebungen, die sich umfassend mit vorurteilsbezogener Gewalt bzw. Hasskriminalität gegen LSBTTIQ* im Bundesland Sachsen befassten. Daraus ergab sich für die LAG Queeres Netzwerk Sachsen die Motivation und Notwendigkeit, die Erkenntnisse aus der Beratungs-

1 Insgesamt 15 Vereine und Initiativen sind derzeit ordentliche Mitglieder in der Landesarbeitsgemeinschaft: RosaLinde Leipzig e.V., different people e.V., Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V. (TIAM e.V.), Gerede - homo, bi und trans e.V., AIDS-Hilfe Dresden e.V., LAG Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V., LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V., CSD Dresden e.V., *sowieso* Frauen für Frauen e.V., Frauen Leben Vielfalt e.V., profamilia Landesverband Sachsen, FrauenBildungsHaus e.V., AG LSBTI der GEW Sachsen, LSVD Sachsen e.V., CSD Pirna e.V.
2 Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2017): *Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen*.
3 Vgl. ebd., S. 29ff.
4 ebd., S. 29.

arbeit der Mitgliedervereine mit wissenschaftlichen Daten zu unterlegen. Ziel war es, mit den zuständigen sächsischen Ministerien auf Grundlage empirischer Fakten zu konkreten Maßnahmen ins Gespräch zu treten. Bisher gibt es bei der Sächsischen Polizei weder auf der Landes- noch auf der Kommunalebene Strukturen, die LSBTTIQ* explizit in den Blick nehmen. Spezielle LSBTTIQ*-Ansprechpartner*innen, wie sie bei den Polizeien vieler anderer Bundesländer bereits installiert wurden, sind in Sachsen bisher nicht vorhanden. Über eine Crowdfunding-Aktion im Herbst 2018 konnte die Finanzierung dieser Studie vollständig und unabhängig realisiert werden.

Die nun vorliegende Studie, deren Daten im Januar und Februar 2019 erhoben wurden, liefert erstmals Fakten zum Ausmaß der Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen innerhalb der vorangegangenen fünf Jahre und trägt damit zur Erhellung des Dunkelfeldes bei.

Sie wurde durch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Kooperation mit Prof.in Dr.in phil. Gudrun Ehlert und Prof.in Dr.in phil. Asiye Kaya der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida realisiert. Peggy Gruna (M.A. Soziale Arbeit) und Sabine Fraede (Dipl. Soziologin) zeichnen für die Konzeption des Fragebogens und die empirische Umsetzung bzw. Auswertung der Daten verantwortlich.

Die Ergebnisse zeigen ein besorgniserregendes Ausmaß von Gewalterfahrungen sächsischer LSBTTIQ* im Freistaat. Gleichzeitig erlauben sie es, geeignete Maßnahmen für Aufklärung, Bildung, Gewaltprävention und Opferschutz abzuleiten und diese mit dem Sächsischen Innenministerium, der sächsischen Polizei, Opferschutzverbänden und nicht zuletzt mit den im Beratungsbereich aktiven Mitgliedervereinen der LAG Queeres Netzwerk Sachsen konstruktiv zu diskutieren. Das gemeinsame Ziel ist es, vorurteilsmotivierte Gewalt in Sachsen abzubauen und die Lebensqualität von LSBTTIQ* zu erhöhen.

Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen bedankt sich bei Sabine Fraede und Peggy Gruna für die kooperative Erarbeitung der Studienkonzeption sowie die ausführliche Erstellung der Datenauswertung in Kooperation mit Prof.in Dr.in phil. Gudrun Ehlert und Prof.in Dr.in phil. Asiye Kaya. Auch Ihnen danken wir herzlich. Dank gebührt darüber hinaus den Mitgliedervereinen und Netzwerkpartner*innen der LAG Queeres Netzwerk Sachsen, die die Planung, Konzeption und Durchführung der Crowdfunding-Aktion und der Studie helfend, kritisch und konstruktiv begleitet haben. Ohne die insgesamt 154 Crowdfunder*innen[5] und ihre großzügigen Beiträge wäre die Finanzierung der Studie nicht möglich gewesen. Besonders dankbar sind wir den anonymen Teilnehmer*innen der Befragung, die den Mut gefunden haben, über ihre gewaltvollen und teils traumatisierenden Erfahrungen zu berichten.

5 Vgl. Verzeichnis der Crowdfunder*innen im Anhang.

2. LSBTTIQ* - um welche gesellschaftlichen Gruppen geht es?

Der abkürzende Ausdruck LSBTTIQ* bezeichnet die Zielgruppen der vorliegenden Studie und vereint mehrere Gruppen aus den Bereichen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, ohne dabei eine übergreifende Identität zu unterstellen. Personen, die sich mit dem Akronym identifizieren, können daher auch mehreren Gruppen bzw. Buchstaben angehören.

L steht dabei für „lesbisch" und meint die gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung (Homosexualität) von Frauen*. Der Buchstabe S bezieht sich auf „schwul" und bezeichnet die gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung von Männern*. Der Buchstabe B steht für Bisexualität bzw. bisexuelle Menschen, die sich von Personen mindestens zweier Geschlechter sexuell angezogen fühlen.

Die Ts bedeuten „transgender"[6] und „transgeschlechtlich"[7] und bezeichnen Menschen, die sich dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht nicht zuordnen können/wollen. Trans* subsumiert als Oberbegriff verschiedene Selbst- und Fremdbezeichnungen wie etwa transgender, transgeschlechtlich, transident oder transsexuell und wird entsprechend im Rahmen der vorliegenden Studienauswertung verwendet, um alle Begriffsdefinitionen insgesamt zu bezeichnen. Dabei können sich Trans* Personen selbst im jeweils anderen als bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht wiederfinden (z.B. Transfrau, Transmann) oder sich zwischen bzw. jenseits der zwei Geschlechter männlich/weiblich verorten (nicht-binär).

Der Buchstabe I steht für Inter* bzw. Intergeschlechtlichkeit und bezeichnet eine Vielzahl von unterschiedlichen Formen von körperlichem Geschlecht, die dem binären Verständnis von männlich* oder weiblich* nicht entsprechen. Dabei wird bei den Begriffen von einer Bandbreite natürlicher Variationen von Geschlecht und körperlichen Entwicklungen gesprochen. Q steht für „queer" und kann als Oberbegriff für alle sexuellen Orientierungen und Geschlechtlichkeiten gelten, die nicht der gesellschaftlichen Norm von Geschlecht und Sexualität entsprechen. Der Begriff wird auch als Kritik an der heteronormativen Regulierung von Geschlecht und Begehren verwendet. Das englische „queer" (seltsam, sonderbar, leicht verrückt, gefälscht, fragwürdig) war ursprünglich ein Schimpfwort, mit dem Schwule abgewertet wurden, dient heute aber als gesellschaftskritische Eigenbezeichnung und kann sich sowohl auf die sexuelle Orientierung als auch auf die geschlechtliche Identität beziehen. Der „Gender-Stern" * bzw. der Asterisk markiert die prinzipielle Unabgeschlossenheit und Vielfalt von Geschlechterkategorien und deren Anforderungen, beispielsweise von Männlichkeiten und Weiblichkeiten.

---

6 Im Unterschied zu „transsexuell", was meist eine Identifikation mit „männlich" oder „weiblich" meint, markiert „transgender" das Spektrum an geschlechtlicher Selbstverortung zwischen diesen als Polen wahrgenommenen Identitäten. Virginia Prince (1912-2009) prägte den Begriff in den 1970er Jahren in den USA. Sie lebte als Frau, ohne ihren „männlichen" Körper operativ verändern zu lassen.

7 „Transsexuell" ist der historisch wohl älteste Begriff, aber heute teilweise umstritten, weil er eine medizinisch-psychologische Kategorie darstellt. Er wird aber dennoch von einigen Personen als Selbstbezeichnung genutzt. Durch den Terminus „-sexuell" wird zudem ein Bezug zur Sexualität suggeriert, der aber falsch ist. Da er sich vielmehr auf die Ebene des geschlechtlichen Identitätserlebens bezieht, wurde das Äquivalent Transgeschlechtlichkeit/-identität eingeführt. Trans* ist dabei weder eine Krankheit noch eine sexuelle Orientierung.

Das Akronym LSBTTIQ* umfasst einen großen Teilbereich der Gruppen, die sich im Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verorten lassen, bezeichnet aber nicht abschließend alle zugehörigen Gruppen bzw. sexuelle Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten. Der Fragebogen bezog deshalb bei der Frage zur sexuellen Identität auch die Optionen pansexuell (sexuelle Anziehung zu Menschen aller Geschlechter), asexuell (keine oder wenig sexuelle Anziehung zu anderen Menschen), demi-/greysexuell (Demisexualität bezeichnet die sexuelle Anziehung zu Personen, zu denen eine vertrauensvolle Beziehung besteht, während sich „grey" auf das Spektrum bezieht, zu dem Asexualität und Demisexualität gehören) und heterosexuell (sexuelle Anziehung zu Menschen des anderen Geschlechts) mit ein und bot auch die Möglichkeit, weitere Bezeichnungen in freier Nennung einzutragen. Für die geschlechtliche Selbstverortung der Befragungsteilnehmenden sah der Fragebogen bei Frage 16 mehrere Antwortmöglichkeiten im Bereich. Trans*/Transgeschlechtlichkeit/Transgender vor und umfasste auch die Antwortmöglichkeiten „Cis-Mann"/„Cis-Frau", „nicht-binär/enby", „genderqueer" sowie die Möglichkeit für weitere offene Nennungen.[8] Cisgeschlechtlichkeit bezeichnet dabei die Personen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

3. Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intergeschlechtliche Personen sowie queere Menschen (LSBTTIQ*) gehören zur Lebensrealität in Sachsen. Ihre Alltagserfahrungen im Freistaat sind jedoch auch von Diskriminierung, Stigmatisierung, Pathologisierung sowie verbaler und physischer Gewalt geprägt. Laut der bundesweiten Studie *Queeres Deutschland* (2015) liegt Sachsen bei der Akzeptanz von Homosexualität auf den letzten Plätzen. 45% der Befragten wollten nicht mit Homosexualität assoziiert werden[9]. Ganze 53% verspürten großes Unbehagen bei der Vorstellung, von Bekannten oder Kolleg*innen für homosexuell gehalten zu werden. Außerdem erreichte die kulturelle Wertschätzung von Homosexualität in Sachsen mit 38% in der Studie den schlechtesten Wert aller Bundesländer. Zum Vergleich: in Bremen bringen die Befragten Homosexualität mit 82% Zustimmung die bundesweit höchste kulturelle Wertschätzung entgegen.[10]

Diese Zahlen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Abwertung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt nicht nur ein sächsisches, sondern ein bundesweites Problem ist. Eine am 25. April 2019 von der Friedrich-Ebert-Stiftung publizierte Studie zu rechtsextremen Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung[11] konstatiert: „Gefühle des Ekels gegenüber der Gruppe der Homosexuellen verspüren nach eigenen Angaben 14,8-

8 Vgl. Fragebogen im Anhang der vorliegenden Studienauswertung.
9 Vgl. Change Centre Foundation (2015): *Queeres Deutschland 2015. Zwischen Wertschätzung und Vorbehalten*, S. 6.
10Vgl. ebd., S. 15.
11 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019* (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter).

16 % der Deutschen und 6,6-8,5 % sind darüber hinaus der Ansicht, Homosexualität sei unmoralisch. […] Eine Zustimmung zur Abwertung von Trans*Menschen zeigt bis zu ein Fünftel der Bevölkerung. 20-16,2 % der Befragten sind der Meinung, dass sie nicht so auffallen sollten und 12,6-11,9 % findet es albern, wenn sich jemand nicht mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifiziert."[12]

Die seit 2016 jährlich durchgeführte repräsentative Bevölkerungsumfrage „Sachsen-Monitor" fokussiert hingegen allein sächsische Verhältnisse. Der Aussage, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen „unnatürlich" seien, stimmten 2016 32% der Befragten zu, 2017 waren es 36% und 2018 wieder 32%.[13] Die anhaltend hohe Homosexuellenfeindlichkeit ist nur ein Aspekt der Verbreitung und Verankerung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen über die Jahre hinweg. Das bestätigt aktuell das – ebenfalls im April 2019 vorgestellte - Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung zum Stand der Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland: Sowohl im Gesamtindex der Akzeptanz von Vielfalt als auch der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erreicht Sachsen jeweils nur den letzten Platz im Vergleich der Bundesländer.[14]

Zu den Ursachen dieser Tendenzen und der konstanten wertkonservativen Grundhaltung weiter Teile der sächsischen Bevölkerung liegen bisher keine eindeutigen Daten vor. Als Teilaspekt eines Erklärungsversuchs sind die vorrangig in Südsachsen verbreiteten christlich-fundamentalistischen Haltungen heranzuziehen. In freikirchlichen und evangelikalen Gemeinden sind sexistische und LSBTTIQ*-feindliche Positionen mitunter noch immer verbreitet. Das betrifft vor allem den sächsischen „Biblebelt" – in Anlehnung an US-amerikanischen Bibelgürtel der Südstaaten mit stark christlich-religiöser Prägung – der sich vom Erzgebirge bis in die Oberlausitz zieht.[15] In den letzten Jahren mussten auch immer wieder offen schwule Priester und andere Funktionsträger der evangelischen Landeskirche ihre Gemeinden verlassen.[16]

Zum anderen verzeichnet Sachsen in den letzten Jahren eine Ausbreitung politisch rechter Gruppierungen und Ideologien. Bereits seit der politischen Wende 1989/90, dem damit verbundenen Rückzug staatlicher Institutionen und dem Rückbau staatlicher Infrastruktur eröffneten sich Freiräume, die rechtsextreme Gruppierungen zu füllen begannen. Rechte und rechtsextreme Strömungen stellen aktuell die Gleichberechtigung der Geschlechter ebenso in Frage wie die gesellschaftliche Realität von Vielfalt und spielen sogenannte gesellschaftliche Minderheiten gegeneinander aus. Die nachweislich massive Zunahme

12 ebd., S. 68. Die Spannbreite der Prozentzahlen ergibt sich aus der Befragungsmethode der Studie, die unterschiedliche Antwortskalen für verschiedene Schlüsselfragen vorgab.
13 Vgl. dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2016): *Sachsen-Monitor 2016. Ergebnisbericht*, S. 30; dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2017): *Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht*, S. 32; dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2018): *Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht*, S. 34.
14 Vgl. Robert Bosch Stiftung (2019): *Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung*, S. 50f.
15 Vgl. Stange, Jennifer (2014): *Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht*, hrsg. v. Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.
16 Vgl. etwa: Der Tagesspiegel (2018): *Wegen anhaltender Diskriminierung. Schwuler Jugendwart verlässt nach Predigtverbot Sachsens Kirche*.

rechts motivierter Gewalttaten, nicht nur in Chemnitz im Jahr 2018, ist als besorgniserregend einzustufen.[17]

Die Zahlen zeigen also insgesamt eine verbreitete Ablehnung von LSBTTIQ* in der sächsischen Bevölkerung. LSBTTIQ* sind entsprechend häufig mit Vorurteilen, Diskriminierungen, Ablehnung, Vorbehalten und einer geringen Zivilcourage bei gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Hinzu kommen strukturelle soziale, rechtliche und medizinische Hürden, beispielsweise bei der Namens- und Personenstandsänderung von Trans* Personen. Viele LSBTTIQ* erfahren deshalb psychische Krisen und belastende Situationen in allen Lebensbereichen, können häufig nicht angstfrei in der Öffentlichkeit Händchen halten, als Paar gemeinsam eine Wohnung beziehen oder eine Familie gründen.[18] Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass ein insgesamt ablehnendes Stimmungsklima der Bevölkerung durch (potentielle) Täter*innen als Legitimation und Bestätigung für Gewalthandlungen gegen LSBTTIQ* angesehen wird.[19]

Für die Lebenslagen von LSBTTIQ* spielt auch das Gefälle zwischen den drei Ballungsgebieten Dresden, Leipzig und Chemnitz und dem übrigen Freistaat eine Rolle. Im sogenannten ländlichen Raum leben LSBTTIQ* und ihre Angehörigen und Freund*innen nicht selten unter erheblichen Herausforderungen, etwa durch fehlende Mobilität aufgrund stark begrenzter Verkehrsanbindungen, durch unzureichende Peer- und Freizeit-, sowie (sozio)kulturelle Angebote und den Mangel an kompetenten Ansprechpersonen vor Ort.[20]

Die problematischen Diskriminierungslagen sind der Sächsischen Staatsregierung nicht verborgen geblieben. Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Legislaturperiode der regierenden Parteien SPD und CDU (2014-2019) in Sachsen ist die Akzeptanz der Vielfalt der Lebensentwürfe erstmals explizit aufgeführt. Ebenfalls ein Novum war die Benennung einer Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. Die designierte Ministerin Petra Köpping gab im Jahr 2015 eine Strukturanalyse in Auftrag, die unter Federführung dreier sächsischer Vereine[21] für queere Bildung, Beratung und Begleitung die Angebote und Strukturen für LSBTTIQ* im gesamten Bundesland erhob. Die Ergebnisse zeigten dringenden Handlungsbedarf und führten zur Veröffentlichung des „Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen"[22] im Jahr 2017 sowie zur

---

17 Im Jahr 2018 zählten die RAA- Opferberatungsstellen in Sachsen 317 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe. Damit stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr (229) um 38%, vgl. Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA) (2019): *Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt in Sachen 2018*. Eine umfassende Studie zur Entwicklung rechter Gewalttaten in Sachsen liefert diese Studie, die sich allerdings nur auf die offizielle polizeiliche Kriminalstatistik beruft: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2019): *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, Dresden.
18 Vgl. Tillmanns, Manuela (2018): *Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stärken – und verteidigen,* in: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig*: Leipziger Zustände Januar 2019*, S. 38f.
19 MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2008): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008)*, S. 15.
20 Vgl. Tillmanns, Manuela (2018): *Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stärken – und verteidigen*, S. 38f. Um Anlaufstellen zumindest für psychosoziale Beratung zu schaffen, wurde 2016 das Projekt „Que(e)r durch Sachsen. Mobile Beratung im ländlichen Raum" ins Leben gerufen. Drei Mitarbeiter*innen verantworten aufsuchende Vor-Ort-Beratung sowie Sensibilisierungs- und Netzwerkarbeit in allen zehn Landkreisen Sachsens.
21 RosaLinde Leipzig e.V., Gerede - homo, bi und trans e.V. aus Dresden sowie different people e.V. aus Chemnitz.
22 Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2017): *Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen*.

Gründung der LAG Queeres Netzwerk Sachsen als Selbstvertretungsgremium für LSBTTIQ*-Vereine im Jahr 2016. Die Strukturanalyse enthielt jedoch keine belastbaren Zahlen zu Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen.

Einzig die bundesweiten MANEO-Studien[23] lieferten in den Jahren 2006/2007 und 2007/2008 empirische Daten zum Ausmaß vorurteilsmotivierter Gewalt bzw. Hasskriminalität gegen schwule und bisexuelle Jugendliche und Männer in Sachsen. Am zweiten Umfrageteil 2007/2008 nahmen insgesamt 650 männliche Befragte aus Sachsen teil, von denen 26,6% in den vorangegangenen 12 Monaten bereits Opfer von Bedrohungen geworden waren. 2,3% berichteten von Eigentumsdelikten aufgrund der sexuellen Orientierung, 9,2% hatten Körperverletzungen erlitten.[24] Nur 8,2% der sächsischen Geschädigten brachten die Gewalttaten zur Anzeige. 50% davon fühlten sich dabei nicht von der Polizei in ihrem Anliegen ernstgenommen.[25] Damals führten die Autor*innen der Studie die auch bundesweit sehr niedrige Anzeigebereitschaft unter anderem auf Zweifel an der Effektivität der Polizeiarbeit und fehlende Sensibilisierung der Beamt*innen für die Lebensrealitäten schwuler und bisexueller Männer zurück.[26]

Aktuellere Rückschlüsse auf die Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen können aus der Studie „Queeres Brandenburg" 2018 für das Nachbarbundesland gezogen werden.[27] Hierbei wurden auch Frauen*, Trans* und intergeschlechtliche Personen sowie asexuelle Menschen berücksichtigt. Fast die Hälfte der Befragten (48%) gab an, innerhalb der letzten fünf Jahre Diskriminierungen erfahren zu haben. Trans* Personen waren mit 77% überproportional häufig von Ausgrenzungen betroffen. Jede sechste befragte Person war Opfer eines Gewaltverbrechens aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. der geschlechtlichen Identität geworden. Die Anzeigebereitschaft war gering (19% der Befragten), die Zahl der nicht in der offiziellen Kriminalstatistik der Polizei aufgeführten Straftaten (Dunkelziffer) entsprechend hoch.[28] Vergleichbare Zahlen liegen ebenfalls für das Land Baden-Württemberg vor.[29] Dass LSBTTIQ* besonders häufig Diskriminierungen ausgesetzt sind und häufig Gewalt erleiden, konstatieren beispielsweise auch die Erhebung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2017 sowie Studien der Europäischen Agentur für Grundrechte.[30]

Welches quantitative und qualitative Ausmaß die Gewalt in Sachsen selbst hat, blieb bislang unklar. Die offiziellen Statistiken des Freistaates Sachsen zeichnen nur ein lückenhaftes Bild. Zwischen 2001 und 2017 registrierte der Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) im Themenfeld „Hasskriminalität", Unter-

---

23 Vgl. MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008).*
24 Vgl. ebd., S. 22.
25 Vgl. ebd., S. 33.
26 Vgl. ebd., S. 33f.
27 Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): *Queeres Brandenburg. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ* in Brandenburg*.
28 Vgl. ebd., S. 12; 35f.
29 Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): *Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg*, S. 48.
30 Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.); Kalkum, Dorina; Otto, Magdalena (2017): *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität. Ergebnisse einer quantitativen Betroffenenbefragung und qualitativer Interviews*; Agentur der Europäischen Union für Grundrechte FRA (2014): *EU LGBT Survey. European Union Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Survey. Results at a Glance.*

thema „Sexuelle Orientierung" ganze 55 Fälle[31]. Aufgrund der Erfahrungen der Beratungsarbeit der Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk Sachsen und aufgrund der genannten Studienerkenntnisse liegt der Schluss nahe, dass das Dunkelfeld von vorurteilsmotivierter Gewalt in Sachsen wesentlich größer ist. Zu diesem Fazit gelangte 2017 auch der sächsische „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen". Dort stellt die Staatsregierung fest: „Es gibt eine große Dunkelziffer, da viele LSBTTIQ den Schritt zu einer polizeilichen Anzeige nicht wagen." Angesichts der geringen offiziellen Fallzahlen formulierte die Staatsregierung in diesem Zusammenhang jedoch keinen Handlungsbedarf.[32]

Dass (rechte) Gewalttäter in Sachsen auch vor Mord keineswegs zurückschrecken, zeigt der Fall des 27jährigen Christopher W. aus Aue, dessen Leben am 17. April 2018 besonders brutal beendet wurde. Schon Wochen vor der Tat musste das Opfer aufgrund seiner sexuellen Orientierung körperliche Attacken und homofeindliche Beleidigungen durch die Täter erleiden. Die drei Männer waren der Polizei bereits vorher wegen rechter Delikte bekannt.[33]

4. Hassgewalt und politisch motivierte Kriminalität

Die Gewalterfahrungen, die LSBTTIQ* aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität erfahren, werden mit dem Begriff der Hassgewalt bzw. Hasskriminalität beschrieben. Diese trifft die Opfer nicht aufgrund ihrer individuellen Handlungen, sondern aufgrund der Zuordnung zu einer als „minderwertig" oder „fremd" wahrgenommenen Gruppe seitens der*s Täter*in. Dabei sind die Opfer dieser Taten generell austauschbar, weil sich die Gewalt gegen die gesamte Gruppe richtet.[34] Diese Straftaten verbreiten somit folgenschwere einschüchternde Botschaften auch an diejenigen, die nicht unmittelbar von der Tat betroffen sind.[35] Hassgewalt kann somit gegen LSBTTIQ*, aber auch aufgrund von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen und aus weiteren Gründen ausgeübt werden. Der Begriff Hassgewalt bzw. Hasskriminalität wird teilweise als irreführend kritisiert, da die Täter*innen häufig nicht unmittelbar von Hass, sondern von Vorurteilen gegen bestimmte Gruppen geleitet sind. Entsprechende Gewalttaten werden deshalb auch

31 Vgl. Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern (2017): *Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Buddeberg und Enrico Stange, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/11242, Thema: Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung*.
32 Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2017): *Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen*, S. 29. Gleichwohl empfahl der Landesaktionsplan ein Fachgespräch zwischen Vertreter*innen der Community und der sächsischen Polizei „[…] mit dem Ziel auszuloten, ob […] [vertrauensbildende] Maßnahmen auch für Sachsen sinnvoll sind […]." (vgl. ebd.). Im Rahmen des Gesprächs mit der Zentralstelle für polizeiliche Prävention wurde auch die Dunkelfeldproblematik thematisiert.
33 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2019*): Todesopfer rechter Gewalt. Christopher W.* Bisher bezweifelt ein psychologisches Gutachten jedoch, dass dem Mord ein rechtsextremes Motiv zugrunde lag, vgl. Mehlhorn, Thomas (2019): *Gutachter bestätigt: Kein rechtextremes Motiv für den Tod von Christopher W.*
34 Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2019): *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, S. 16f.
35 Vgl. Coester, Marc (2015): *Hasskriminalität*, in Guzy, Nathalie; Birkel, Christoph; Mischkowitz, Robert (Hrsg.): *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland*, Band 1, Wiesbaden, S. 335.

als Vorurteilskriminalität oder vorurteilsmotivierte Kriminalität bezeichnet.[36] Das Konzept der Hasskriminalität (Hate Crime) stammt aus den USA. Dabei ist die Täter*innenmotivation für die Bewertung einer Tat als Hassverbrechen nicht ausschlaggebend. Vielmehr werden die Identität des Opfers und das der Tat zugrunde liegende Vorurteil in Betracht gezogen.[37] Das deutsche mehrdimensionale Modell politisch motivierter Kriminalität (PMK) geht hingegen davon aus, dass Hasskriminalität immer auch politisch motiviert ist, da sie sich gegen das soziale Gefüge einer Gesellschaft und damit demokratische Grundwerte richtet[38]. Täter*innen müssen nach dieser Logik einer etwa durch Gruppen-, Parteizugehörigkeit oder eigene Äußerungen nachweisbaren politischen Ideologie anhängen, die links, rechts oder religiös motiviert ist. Ein Vorurteil, das auch von politisch nicht aktiven bzw. nicht „extremistischen" Personen gehegt werden kann, ist als Motiv nicht ausreichend für die Klassifikation einer Tat als politisch motivierte Kriminalität. Der Fokus auf die Motivlage kann dazu führen, dass vorurteilsmotivierte Taten gegen LSBTTIQ*, die unabhängig von einer nachweisbaren politischen Verortung ausgeführt werden, selbst bei Anzeige nicht in der PMK-Statistik erfasst sind.[39] Auch wenn Täter*innen keine Ausführungen zu ihren Motiven machen, ist die statistische Erfassung erschwert.

Dass die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes nur so wenige Straftaten gegen LSBTTIQ* verzeichnet, ist kein spezifisch sächsisches Problem. Auch die bundesweit erhobenen Zahlen nehmen sich vergleichsweise niedrig aus. So wurden 2017 bundesweit insgesamt 313 Straftaten als Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung registriert.[40] Das liegt zum einen an der geringen Anzeigebereitschaft der Opfer, zum anderen aber auch an der Definition der Phänomenbereiche, auf die sich die Statistik gründet.

Zudem ist zu kritisieren, dass die Registrierung von PMK-verdächtigen Straftaten zu einem frühen Zeitpunkt während der Ermittlung erfolgt (Eingangsstatistik).[41] Das Definitionssystem umfasst neben Gewalttaten gegenüber bestimmten Minderheitengruppen vor allem staatsschutzrelevante Delikte wie Terrorismus, oder Bedrohungen, die sich gegen Verfassungsorgane richten[42]. In diesem Kontext scheint es nicht immer einfach, auch Delikte aufgrund der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung oder der Religion in der gleichen Statistik zu verorten. Eine Opferstatistik wird derzeit nicht geführt.[43] Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates (ECRI) kritisierte unlängst die

36 Vgl. ebd., S. 334; vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2019): *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, S. 17f.
37 Vgl. ebd., S. 18.
38 Vgl. Coester, Marc (2015): *Hasskriminalität*, S. 333.
39 Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2019): *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, S. 19. Erst 2017 trat eine neue PMK-Definition in Kraft, die in einer Fußnote nun auch dazu auffordert, „bei der Würdigung der Umstände der Tat neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen", Bundeskriminalamt (2016): *Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität*. Zur Kritik der aktuellen PMK-Definitionen vgl. auch Kleffner, Heike (2018): *Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt*.
40 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): *PMK 2017 – Hasskriminalität*.
41 Vgl. ebd., S. 2.
42 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): *Häufig nachgefragt. Politisch motivierte Kriminalität*.
43 „[Die PMK-Erfassung zeigt] […] ein Missverhältnis zwischen den Erwartungen an eine polizeiliche Statistik und deren Leistungsfähigkeit". Feldmann, Dorina et al. (2018): *Klassifikation politisch rechter Tötungsdelikte – Berlin 1990 bis 2008*, Berlin, S. 226.

enge bundesdeutsche Definition bezüglich der Erfüllung des Kriteriums „Hasskriminalität" und bemängelte unter anderem auch, dass Verbrechen aufgrund der geschlechtlichen Identität bisher nicht durch die Statistik erfasst werden.[44]

5. Methodik

Im Sommer 2018 begann die LAG Queeres Netzwerk Sachsen mit den Vorbereitungen der Konzeption der Studie, die das Dunkelfeld der in Sachsen von Gewalterfahrungen betroffenen LSBTTIQ* erhellen sollte. Schnell konnte die Hochschule Mittweida als Kooperationspartnerin gewonnen werden. Peggy Gruna (M.A. Soziale Arbeit) und Sabine Fraede (Dipl. Soziologin) zeichnen als Forscherinnenteam für die Konzeption des Fragebogens und die empirische Umsetzung bzw. Auswertung der Daten verantwortlich. Die folgenden Ausführungen zur Methodik sind daher ihrer Datenauswertung teils wörtlich entnommen und wurden durch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen ergänzt.

5.1. Fragestellungen und Hypothesenbildung

In gemeinsamen Besprechungen der LAG Queeres Netzwerk Sachsen mit den Forscherinnen entwickelten sich vier leitende Fragen, welche als Grundlage für die Entwicklung des Fragebogens dienten.

1. Wie viele LSBTTIQ* sind in den letzten fünf Jahren in Sachsen Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt bzw. strafrechtlich relevanter Kriminalität geworden?
2. Wie hoch ist in diesen Fällen die Anzeigebereitschaft gegenüber der Polizei durch LSBTTIQ*?
3. Welche Erfahrungen haben LSBTTIQ* bei der Anzeige im Kontakt mit der sächsischen Polizei gemacht bzw. warum wurde nicht angezeigt?
4. Welche Anregungen haben die Befragten für Polizeidienststellen, um Anzeigebarrieren abzusenken?

Anhand der Fragestellungen wurden die weiteren methodischen Schritte geplant und umgesetzt, d.h. das Forschungsinstrument (Fragebogen) wurde gemeinsam entwickelt. Dabei übernahm die LAG Queeres Netzwerk Sachsen die theoretische und inhaltliche Expertise. Peggy Gruna und Sabine Fraede von der Hochschule Mittweida sorgten für die methodische Umsetzung und Auswertung der Daten. Die Dateninterpretation, d.h. die Rückschlüsse und Bezüge der Daten auf die theoretischen und praxisrelevanten Aspekte, erfolgte durch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Beratung mit Prof.in Dr.in phil. Gudrun Ehlert und Prof.in Dr.in phil. Asiye Kaya der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida.[45]

---

44 Vgl. ECRI (2017): *ECRI Conclusions on the implementation of the recommendations in respect of Germany subject to interim follow-up,* S. 6. In Bezug auf rassistisch motivierte Gewalt weist die Kommission darauf hin, dass die Diskrepanz zwischen der in der sächsischen PMK-Statistik erfassten Anzahl von Straftaten und den von Opferberatungsstellen gezählten Fälle auf die Unzulänglichkeiten der der PMK-Statistik zugrunde liegenden Definitionen zurück zu führen ist.
45 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen.*

Dem Forschungsvorhaben wurden folgende Thesen zugrunde gelegt:

1. LSBTTIQ* werden in Sachsen Opfer von vorurteilsmotivierten und anderen Straftaten Dabei erfolgen mehr vorurteilsmotivierte Übergriffe, als in der aktuellen PMK-Kriminalstatistik ausgewiesen werden.
2. Sächsischen Polizeibeamt*innen fehlt es möglicherweise an Kenntnis und Sensibilität für LSBTTIQ*. Daher kommt es bei Betroffenen zu Hemmungen, Gewalterlebnisse anzuzeigen.
3. Die Sächsische Polizei kann konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Anzeigebereitschaft von LSBTTIQ* zu erhöhen.[46]

Ein solches Forschungsvorhaben kann dem Anspruch auf Repräsentativität methodisch nicht gerecht werden. Vielmehr handelt es sich um eine erste standardisierte Befragung, die als Dunkelfeldstudie eine Stichprobe der von Gewalt betroffenen LSBTTIQ* in Sachsen in den letzten fünf Jahren in den Blick nimmt, um erste grundlegende Erkenntnisse im Rahmen der Forschungsfragen und Thesen zu gewinnen. Repräsentative Aussagen über alle LSBTTIQ* in Sachsen können grundsätzlich nicht getroffen werden, weil die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität aus guten Gründen nicht staatlich erfasst werden. Die genaue Anzahl der Einwohner*innen Sachsens, die sich als LSBTTIQ* verorten, ist deshalb nicht bekannt. Somit ist es unmöglich, eine repräsentative Teilmenge per Zufallsziehung oder per Quotierung (z.B. nach Altersgruppen) zu realisieren.[47]

5.2. Zielgruppen und Zielgruppenansprache

Um die Forschungsfragen beantworten, Hypothesen prüfen zu können und empirische Daten zu gewinnen, wählte das Forscherinnenteam somit als Erhebungsmethode eine quantitative, standardisierte, schriftliche Befragung per Fragebogen.

Die Befragung richtete sich ausschließlich an Menschen, die sich zum Zeitpunkt der Erhebung der Gruppe der LSBTTIQ* zugehörig fühlten und in den letzten fünf Jahren selbst Erfahrungen mit vorurteilsmotivierter Gewalt in Sachsen gemacht bzw. diese in Sachsen zur Anzeige gebracht hatten.[48] Der Fokus lag hierbei auf strafrechtlich relevanten Gewaltformen wie Beleidigungen, Bedrohungen, Eigentumsdelikten, Körperverletzungen, Stalking usw. Daher wurden Teilnehmer*innen, die in den letzten fünf Jahren keine Gewalterfahrungen in Sachsen gemacht oder zur Anzeige gebracht hatten, für die Ergebnisauswertung nicht berücksichtigt. Die Anzahl der Fragebögen, die in die Ergebnisauswertung einfloss, liegt somit bei 267. Nicht alle Teilnehmenden haben alle Fragen des Fragebogens beantwortet, so dass die Fallzahlen pro Frage teils variieren.

Um eine möglichst breite Verteilung und Zugang in Sachsen zu gewährleisten, wurde der Online-Fragebogen ergänzend im Paper-Pencil-Format als Papierfragebogen erstellt. Für die Distribution des Online-Fragebogens wurde der Dienstleister „SurveyMonkey"

46 Vgl. ebd., S. 3.
47 Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): *Queeres Brandenburg. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ* in Brandenburg*. S. 2.
48 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*, S. 10.

genutzt.[49] Innerhalb dieser Plattform konnten während der Datenzusammenführung auch die Print-Fragebögen digitalisiert werden.

Die Entscheidung für den Online-Fragebogen wurde vorrangig aus forschungsbezogenen und zielgruppenspezifischen Gründen gewählt. So konnte der Aufwand, möglichst viele von Gewalt betroffene LSBTTIQ* in ganz Sachsen zu erreichen, gering gehalten werden. Zudem wurde somit eine Teilnahme auch außerhalb der größeren Städte in Sachsen möglich und gleichzeitig konnte die Befragung weitgehend anonym gestaltet werden, so dass auch nicht-geoutete Personen teilnehmen konnten. Die zusätzliche Bereitstellung des Papierfragebogens erfolgte ergänzend, um auch wenig online-affine Menschen anzusprechen. Die Distribution des Online- und des Papierfragebogens erfolgte über die Fachstelle und die Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk Sachsen. Der Link zum Fragebogen wurde vorrangig über Social Media (v.a Facebook, Instagram) und per Email über die Verteiler von Netzwerkpartner*innen verbreitet. Der Papierfragebogen lag in einigen Mitgliedervereinen der LAG Queeres Netzwerk Sachsen aus und wurde darüber hinaus an ein bis drei Kontaktstellen in allen sächsischen Landkreisen zugänglich gemacht. Hierbei wurden vorrangig die bestehenden Kontakte zu soziokulturellen Zentren, Beratungsstellen und Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf Landkreisebene genutzt.[50]

5.3. Entwicklung und Aufbau des Fragebogens, Erhebungsablauf, Auswertung

Es entstand ein Fragenkatalog aus 16 Fragen[51], der überwiegend aus quantitativen Fragen (Nennungen und Skalierungsfragen) bestand, aber auch qualitative Anteile besaß (offene Fragen). Die Fragestellungen und -formulierungen waren darauf ausgerichtet, die Hypothesen zu überprüfen.[52]

Neben der Praxiserfahrung der Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk Sachsen wurde für die Erstellung des Fragebogens teils auch auf die Umfrage *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland* (2007/2008)[53] des schwulen Anti-Gewalt-Projektes MANEO in Berlin als Referenz zurückgegriffen.

Um Schwierigkeiten beim Ausfüllen so weit wie möglich zu vermeiden, wurde der Fragebogen internen Entwicklungs- und Abschluss-Pretests[54] unterzogen, in die auch Fachkräfte aus der Beratungspraxis der Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk

49 Vgl. ebd., S. 9.
50 Vgl. Auflistung der Standorte in der Anlage dieser Studie.
51 Vgl. Anlage
52 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*, S. 9.
53 Vgl. MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008).*
54 Durch einen Pretest erfolgt die Überprüfung eines Dateninstruments vor der eigentlichen Datenerhebung, u.a. auf Gültigkeit und Verständlichkeit. Jeder Fragebogen muss vorab getestet werden, „da es keine Theorie der Befragung gibt, aus der alle Details der Konstruktion eines Fragebogens ableitbar sind." Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke (1999): *Methoden der empirischen Sozialforschung,* 6. Aufl. München, S. 324; vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*, S. 11.

Sachsen einbezogen wurden.[55] Ihr Feedback wurde in der finalen Fragebogenversion berücksichtigt. Durch den Modus der Verteilung des Fragebogens konnte nicht kontrolliert werden, dass ausschließlich die gewünschte Zielgruppe erreicht wurde. Es wurden daher mit Frage 1 und Frage 7 sogenannte Filterfragen eingefügt, die einerseits dem Datengewinn und andererseits der Filterung der gewünschten Zielgruppe dienlich waren.[56]

Der Fragebogen beinhaltete auch offene Fragen (beispielsweise Frage 6: „Schildere uns einen Fall, den du in den letzten fünf Jahren selbst erlebt hast"), die es ermöglichen sollten, Übergriffe beispielhaft nachzuvollziehen. Eine qualitative Auswertung dieser Fragen bzw. der zugehörigen Antworten erfolgte durch die Forscherinnen der Hochschule Mittweida vereinbarungsgemäß nicht. Beispielhafte Fallschilderungen werden im Rahmen des Ergebnisberichts zur Illustration der Ergebnisse exemplarisch aufgeführt.

Der Fragebogen verzichtete aufgrund der Fokussierung auf die oben genannten Fragen bzw. Hypothese weitgehend auf die Erhebung soziodemografischer Daten. Ein weiterer Grund für dieses Verfahren bestand in dem Ziel, den Fragebogen möglichst kurz zu halten, um trotz des für viele Befragte belastenden Themas mehr Menschen zu motivieren, den Fragebogen auszufüllen. Auch wurde darauf verzichtet, die genauen Wohnorte der Teilnehmenden in Sachsen zu erfassen. Diese Entscheidung erfolgte mit Rücksicht auf die Anonymitätswahrung der Teilnehmenden: gerade in kleinen, ländlich gelegenen Orten Sachsens war von einer sehr geringen Teilnehmendenzahl an der Befragung auszugehen. Es sollten keinerlei Rückschlüsse auf einzelne Personen möglich sein. Zudem war es Ziel der Erhebung, ein gesamtsächsisches Bild zu erhalten und allgemeine Bedarfe von LSBTTIQ* abzubilden. Durch die gewählten Distributionswege, vor allem des Online-Fragebogens, ist davon auszugehen, dass der Fragebogen in allen Teilen Sachsens zugänglich war. Dennoch ist anzunehmen, dass die meisten Fragebögen in Leipzig, Dresden bzw. Chemnitz ausgefüllt wurden, da die Bevölkerungsdichte in diesen Städten hoch ist und die bessere Verbreitung der Studie aufgrund der in diesen Städten ansässigen Vereine der queeren Community besser gewährleistet war. Das Ausfüllen des Fragebogens nahm ca. 10-15 Minuten Zeit in Anspruch.

Der Befragungszeitraum erstreckte sich vom 1. Januar bis zum 15. Februar 2019. Danach wurden die insgesamt 31 Papierfragebögen durch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen gesammelt und gebündelt an die Forscherinnen der Hochschule Mittweida weitergeleitet. Sie wurden Mithilfe des Online-Dienstleisters „SurveyMonkey" digitalisiert, so dass ein zusammengefügter Datensatz aus beiden Quellen bearbeitet werden konnte.

Der gesamte Datensatz von 369 Rückläufen wurde in einem ersten Schritt in das Programm Excel übertragen und eingesehen. Daraufhin wurde anhand der ersten Filterfrage jene Befragten extrahiert, die Gewalterfahrungen angegeben hatten. Von den insgesamt 369 Umfrage-Rückläufen konnten 267 Umfragen für die Datenauswertung herangezogen werden. Die restlichen Fragebögen mussten aufgrund der definierter Ausschlusskriterien (LSBTTIQ*- Zugehörigkeit und vorurteilsmotivierte Gewalterfahrung in Sachsen) aussortiert

55 Entwicklungspretests kontrollieren die Verständlichkeit der Fragen, den Fluss des Ablaufs, Effekte der Frageanordnung, die Güte der Filterführung usw. Hier steht der Fragebogen bereits fast in seiner endgültigen Form fest. Abschlusspretests dienen der Korrektur, letzte Modifikationen werden vorgenommen. Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*.
56 Vgl. ebd., S. 12; vgl. Fragebogen im Anhang.

werden. Von den 267 gültigen Fragebögen wurden im zweiten Schritt jene gefiltert, die eine Gewalterfahrung in Sachsen zur Anzeige gebracht hatten (30 Personen).

Die Datenauswertung erfolgte auf der Grundlage deskriptiver Analyseverfahren. Wie oben bereits erwähnt, sind die Datensätze mittels quantitativer Befragung, ergänzt um qualitative Fragen, erhobenen worden. Die „deskriptive Statistik" stellt dafür das gängigste und in diesem Fall auch geeignetste methodische Instrumentarium zur Datenauswertung zur Verfügung. Für die Zusammenfassung der Daten und der aussagekräftigen Kennzeichen wurde die tabellarische Darstellung gewählt. Hierfür kam die Statistiksoftware JASP und das Tabellenkalkulationsprogramm Excel zur Anwendung.

In einem ersten Schritt erfolgte die Filterung des gesamten durch Survey Monkey generierten und ausgelesenen Datensatzes mit Hilfe von Excel hinsichtlich vorhandener/nicht vorhandener Gewalterfahrungen. Jene Daten von Teilnehmenden, die keinerlei Gewalterfahrungen angaben, wurden nicht weiterbearbeitet. Die anderen Daten von jenen Teilnehmenden, die Gewalterfahrungen angaben, wurden in das Statistikprogramm JASP überführt. Anschließend erfolgte auf dieser Grundlage die Erstellung von Häufigkeits- und Kreuztabellen mittels der entsprechenden Funktionen von JASP. Danach wurden die Tabellen in Excel exportiert. Damit ließen sich präsentationsgeeignete Grafiken erstellen und die Häufigkeitstabellen hinsichtlich der relevanten Daten anpassen. Schlussendlich sind daraus jene für die Hypothesentests und zur Beantwortung der Forschungsfragen nötigen Daten in den Ergebnisbericht von Sabine Fraede und Peggy Gruna überführt worden, der die Grundlage der vorliegenden Studie bildet. Alle nachfolgend verwendeten Tabellen, Grafiken und Diagramme sind diesem Ergebnisbericht entnommen.

6. Teilnehmende: Alter, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Selbstverortung

6.1. Alter

Abbildung 1: *Alter der Teilnehmenden*

Die Mehrheit der Befragten war zum Zeitpunkt der Teilnahme zwischen 18 und 35 Jahren alt, wobei rund 34 % der Befragten hierzu keine Angabe machten.[57] Es handelt sich bei denen, die eine Angabe zum Alter machten, um eine relativ homogene Altersgruppe. Der Fragebogen erfragte nicht die konkrete Alterszahl, sondern gab als Antwortmöglichkeiten Alterspannen vor.[58] Auch wenn einzelne Teilnehmende durchaus älter als 60 Jahre waren, fällt die geringe Zahl von Teilnehmenden über 36 Jahre ins Auge.

Die Gründe hierfür könnten darin liegen, dass die Sichtbar- und Erreichbarkeit von älteren LSBTTIQ* im Allgemeinen geringer ist als die der jüngeren Altersgruppen. Aus der Beratungsarbeit der Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk Sachsen heraus ist bekannt, dass für Ältere deutlich höhere Hürden bestehen, sich (wie im Rahmen der Umfrage auch anonym) zu outen und offen zur eigenen sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität zu stehen. Häufig erfolgt, etwa auch als Reaktion auf erfahrene Diskriminierungen, der nahezu völlige Rückzug ins private Umfeld. Ältere LSBTTIQ* sind daher häufig von Vereinsamung betroffen. Man kann außerdem mutmaßen, dass bei älteren Menschen nach wie vor eine geringere Online-Affinität gegeben ist als bei jüngeren Menschen, so dass die Teilnahmemöglichkeit per Online-Fragebogen nicht bekannt oder nicht attraktiv war. Auch die Adressen der Verteilstellen der Papierfragebögen wurden v.a. über das Internet kommuniziert. Zudem konnten trotz der anonymen Erhebung ungewollte Outings durch Mitnahme oder Abgabe von Papierfragebögen in Büros von Gleichstellungsbeauftragten oder soziokulturellen Zentren nicht ausgeschlossen werden und der Aufwand, einen Papierfragebogen zu erhalten, gestaltete sich insbesondere in den Landkreisen außerhalb der großen Städte recht aufwändig. Ein weiterer Grund für das Fehlen älterer Altersgruppen kann auch im Studiendesign begründet sein, das als Betroffenheitsstudie konzeptioniert war. Die Befragung zielte ausschließlich auf Personen ab, die Gewalterfahrungen gemacht hatten.

Ähnliche Viktimisierungsstudien, auch solche, die sich auf die Gesamtbevölkerung bzw. alle Arten von Kriminalitätserfahrungen beziehen, weisen nach, dass von Gewalterfahrungen häufiger junge Menschen betroffen sind. Erklärbar ist dies mit unterschiedlichen Lebensstilen: Ältere Menschen halten sich weniger häufig in öffentlichen Räumen auf und haben somit ein geringeres Risiko, potentiellen Angreifer*innen zu begegnen.[59] Auch an der MANEO-Studie 2007/2008 nahmen insgesamt deutlich weniger ältere schwule und bisexuelle Männer teil als jüngere und waren auch deutlich seltener von vorurteilsmotivierter Kriminalität betroffen.[60] Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass ältere LSBTTIQ* keine Ausgrenzungen, Diskriminierungen oder (strukturelle) Gewalt erleben. Um dieses Dunkelfeld zu erhellen, bedarf es zukünftig einer vertiefenden Lebenslagenstudie für Sachsen mit einer für ältere LSBTTIQ* geeigneten Forschungsmethodik.

---

57 Vgl. ebd., S. 21.
58 Vgl. Anhang, Fragebogen
59 Vgl. Oberwittler, Dietrich; Kury, Helmut (2015): *Wissenschaftliche Perspektive*, in: in Guzy, Nathalie; Birkel, Christoph; Mischkowitz, Robert (Hrsg.): *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland*, Band 1, Wiesbaden, S. 112.
60 Vgl. MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008),* S. 19.

6.2. Geschlechtliche Selbstverortung

Abbildung 2: *Geschlechtliche Selbstverortung*

Der Fragebogen sah hier eine große Zahl vorgegebener Antwortmöglichkeiten vor, die im Sinne einer einfacheren Auswertung teils zusammengefasst wurden. So wurden die Antwortkategorien „Trans-Frau, trans*Frau, Transfrau, trans*weiblich" und „Frau (mit Transitionsgeschichte/mit transsexueller Vergangenheit)" zum Cluster „Trans*Frau" zusammengefasst, analog die Kategorien „Trans-Mann, trans*Mann, Transmann, trans*männlich" sowie „Mann (mit Transitionsgeschichte/mit transsexueller Vergangenheit)" zum Cluster „Trans*Mann". Unter „Trans*" wurden die Antwortmöglichkeiten „Trans*/transgender/transgeschlechtlich/transident" sowie „transsexuell" subsumiert.

Ein hoher Prozentsatz der Befragten machte zu dieser Frage keine Angabe (39 %). Von jenen, die eine Zuordnung markierten, gaben eine Mehrheit an, sich geschlechtlich als Cis-Mann (21%) oder als Cis-Frau (15%)[61] zu definieren. 14% verorteten sich als nicht-binär/enby/genderqueer, 10,5% identifizieren sich mit dem Trans*-Spektrum. 1% gab an, intergeschlechtlich zu sein.[62]

61 Unter „Cis-Mann" bzw. „Cis-Frau" versteht man Personen, die sich mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren, also nicht trans* sind.
62 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*, S. 21.

6.3. Sexuelle Orientierung

Abbildung 3: *Sexuelle Orientierung*

Mehr Befragte äußerten sich zu ihrer sexuellen Orientierung. Auch hier wurden aus den Antwortkategorien des Fragebogens teils sinnvolle zusammenfassende Cluster gebildet, die in der Achsenbezeichnung des Diagramms wiedergegeben sind. Mit 40% gaben die meisten Befragten an, homosexuell (schwul oder lesbisch) zu sein. Weitere 20% bezeichneten ihre sexuelle Orientierung als bisexuell oder pansexuell, während 2% der befragten Personen ihre sexuelle Orientierung als heterosexuell benannten. Ähnlich klein ist die Gruppe jener Menschen, die ihre sexuelle Orientierung mit den Begriffen asexuell, demisexuell oder grey bezeichneten. Rund 26% Personen machten keine Angaben zu ihrer sexuellen Orientierung.[63]

Im Gegensatz zu vielen anderen Studien, die sich auf LSBTTIQ* als Zielgruppe beziehen, wurden die Kategorien „Homosexualität" bzw. „Trans*" im Rahmen der Studie nicht als zwei voneinander abgegrenzte Gruppen betrachtet bzw. ausgewertet. Homosexuelle können durchaus transgeschlechtlich bzw. transsexuell sein und umgekehrt. Geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung hängen nicht voneinander ab und sind auch nicht synonym zu verstehen, wie es im alltäglichen Bewusstsein und Sprachgebrauch immer noch häufig vorkommt. Wenn sich Personen als trans* oder nicht-binär bzw. in geschlechtlicher Hinsicht als queer oder auf andere Weise bezeichnen, treffen sie damit noch keine Aussage über ihre sexuelle Orientierung. Heterosexuelle können sich somit innerhalb der LSBTTIQ*-Gruppe verorten, zum Beispiel, wenn sie sich als transgeschlechtlich verstehen. Das absolute Gleichsetzen von Homosexualität und Cisgeschlechtlichkeit verzerrt somit die Realität, auch wenn es zutrifft, dass viele Homosexuelle cisgeschlechtlich sind. So verorteten sich innerhalb der vorliegenden Studie etwa sieben Personen zugleich im Trans*-Spektrum

63 Vgl. ebd.

und als homosexuell, ebenso gab es 12 homosexuelle Personen, die sich als nicht-binär verorten[64]. Dennoch sind aufgrund der niedrigen Fallzahlen aus der Studie keine Schlüsse darüber abzuleiten, ob etwa lesbische Trans* Frauen stärker von Gewalt betroffen sind als heterosexuelle. Solche Fragen könnten beispielsweise im Rahmen einer umfassenden Lebenslagenstudie zu LSBTTIQ* in Sachsen interessant sein.

7. Gewalterfahrungen in Sachsen innerhalb der letzten 5 Jahre

Die Frage *„Wie oft wurdest du in den letzten fünf Jahren Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt?"* ist eine der zentralen Fragen in der Studie und fungiert als eine der beiden Filterfragen.

267 Teilnehmer*innen gaben an, in den letzten fünf Jahren Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt geworden zu sein. Die Verteilung erlittener Gewaltformen ergibt sich wie folgt (Mehrfachantworten waren möglich):[65]

	1-mal	*2- bis 5mal*	*über 5-mal*
a) Körperverletzung (schwer)	10	6	6
b) Körperverletzung (leicht)	32	15	13
c) Eigentumsdelikt	24	18	6
d) Bedrohung	45	53	33
e) Beleidigung	42	110	101
f) Stalking	23	19	5

Tabelle 1: *Betroffenheit Gewalterfahrungen*

Auffällig ist, dass 259 von 267 Betroffenen (also fast alle) innerhalb der letzten fünf Jahre nach eigener Einschätzung Beleidigungen erleben mussten, rund 42,5% davon sogar mehr als fünf Mal. Auch die Zahl der Körperverletzungen und Bedrohungen ist als hoch anzusehen. Es zeigt sich, dass in den letzten fünf Jahren insgesamt mindestens 1.602 Übergriffe stattgefunden haben. Das Ergebnis entspricht der Summe aus den kleinsten Multiplikationsmöglichkeiten jeder Datenzelle, wie in nachfolgende Tabelle verdeutlicht:[66]

64 Vgl. Kreuztabelle im Anhang dieser Studie.
65 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen* S. 23.
66 Vgl. ebd., S. 24.

	1-mal	2-mal	6-mal	Total	Total in %
a) Körperverletzung (schwer)	10	12	36	58	3,6%
b) Körperverletzung (leicht)	32	30	78	140	8,7%
c) Eigentumsdelikt	24	36	36	96	6,0%
d) Bedrohung	45	106	198	349	21,8%
e) Beleidigung	42	220	606	868	54,2%
f) Stalking	23	38	30	91	5,7%
				1602	**100%**

Tabelle 2: *Anzahlermittlung Gewalterfahrungen*

Die mit Abstand meisten Delikte (868) waren Beleidigungen. 349 weitere Delikte wurden im Bereich Bedrohung angegeben, 140 Taten riefen leichter Körperverletzungen hervor. Des Weiteren wurden 96 Eigentumsdelikte und 91 Fälle von Stalking sowie 58 Fälle von schwerer Körperverletzung berichtet. In der Vergleichsfrage „Wie viele der Vorfälle fanden in Sachsen statt?" wurden 1672 Übergriffe in Sachsen ermittelt, was die Mindestzahl der in der obigen Tabelle dargestellten Gewalterfahrungen überschreitet.[67] Die hohe Zahl an Übergriffen zeigt, dass Betroffene nicht selten häufiger zu Opfern werden und Gewalt (des gleichen Typs oder verschiedener Gewaltformen) für viele eine Alltagserfahrung zu sein scheint (Mehrfachviktimisierung). Es kann dabei nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der Befragung auch Gewalttaten außerhalb des Bezugszeitraumes von fünf Jahren geschildert wurden (overreporting). Aus den Ergebnissen lässt sich jedoch ein Eindruck über die verbreitete Mehrfachbetroffenheit von Gewalt ableiten.

Nachfolgende ausgewählte Fallschilderungen illustrieren beispielhaft das Ausmaß der gemachten Gewalterfahrungen. Die Rechtschreibung wurde teils berichtigt:

„Ich wurde körperlich bedrängt oder verbal […] beleidigt, weil ich Kleidung trug, die von vielen Menschen als Frauenkleidung gesehen wird. Aus den Äußerungen wurde klar, dass ich Ziel der Angriffe wurde, weil ich den Rollenerwartungen für Männer, […] nicht entspreche."

„Ich wurde als Schwuler, Arschficker etc. beschimpft, der nach Auschwitz abgeschoben gehört."

„Wenn man auf Veranstaltungen oder abends in der Stadt/Feste/Konzerte als Trans erkannt wird, wird man schnell angepöbelt. Je nach Alkoholisierung und Gruppenstärke der Personen. Im harmloseren Fall ist es Pöbeln oder Berührungen unangenehmer Art. Sofern man dann allein ist, hat man ein Problem, da diese sich dann auch aufstacheln. Alkohol ist meist der Treiber. Dann heißt es schnell Schutz in der eigenen Gruppe suchen, oder Sicherheitskräfte. Mittlerweile gehe ich nur noch in Gruppen zu solchen Veranstaltungen."

67 Vgl. ebd.

„Ein Mann schaute mich und einige Freundinnen nach einer Party am frühen Morgen in der S-Bahn in […] an (wir hatten die Köpfe auf den Schultern abgelegt) und meinte grimmig dreinblickend: ‚So etwas wie Euch müsste man erhängen!'"

„Alles Erlebte führte dazu, dass ich die Chemnitzer Innenstadt nicht mehr betrete. Man ist dort nicht sicher."

„Ich war mit meinen Kindern in einem Einkaufscenter, wir saßen am Brunnen und aßen Eis, wo ich wohl wiedererkannt wurde von einer Gruppe Männer, die sich hinter uns stellte, mich mehrfach beleidigte und letztendlich auch gegen meine Kinder äußerte, wir seien eklig, kindswohlgefährdend und es sei nur eine Frage der Zeit, bis meine Kinder eine neue Mama bekämen, eine nicht so abartige Fotze usw. Ich saß nur da hab meine Kinder festgehalten, niemand hat geholfen. Die Männer lachten, gingen weiter […] Wir haben dann daheim drüber gesprochen, seitdem wissen sie nur zu genau, dass es böse Menschen gibt und sie niemals Fremden trauen dürfen. […] Das Einkaufscenter haben wir seitdem nicht mehr betreten."

„Beim Coming-Out reagierte meine Mutter mit körperlicher Gewalt."

„Meine Freundin und ich wurden in der Straßenbahn bedroht, beleidigt und beschimpft. wir mussten ein paar Haltestellen früher aussteigen. Keine Person in der Bahn kam uns zu Hilfe. Die Täter verabschiedeten uns mit dem Hitlergruß."

„Angriff in einem Club bei einer Party. Ich tanzte mit meiner Freundin und wurde daraufhin bedroht und geschlagen sowie beleidigt. Dem Personal war das egal, deshalb sind wir gegangen."

„Nach einem Konzertbesuch wurden meine Lebensgefährtin und ich von einer Gruppe von etwa 10 angetrunkenen Männern verfolgt. Sie stiegen auch in dieselbe Bahn, machten anzügliche Gesten und blöde Sprüche. […] Die Gruppe [begann] übergriffig zu werden. Die Übergriffe waren gewalttätig und eine Vergewaltigung wurde versucht (‚Die Lesbe braucht nur mal einen richtigen Schwanz.')"

„Ich bin nach Hause gelaufen und habe dabei über Kopfhörer Musik gehört. Dabei habe ich nicht gehört, dass jemand von hinten gekommen ist. Der Mensch hat mich auf den Kopf geschlagen und dabei zum Boden geschubst. Als ich auf dem Boden lag, hat der Mensch noch auf mich geboxt und eingetreten. Währenddessen hat er Hassbeleidigungen gegenüber LGBT Menschen gesagt."*

„Meine Partnerin und ich machten tagsüber einen Waldspaziergang … Uns kam eine Gruppe grölender Männer entgegen, die uns sahen, wie wir Hand in Hand spazierten. Es folgten mehrere ekelhafte sexualisierte Gesten in unsere Richtung sowie die üblichen Dreier-Sprüche. Gegen den [eigenen] Willen objektifiziert und sexualisiert zu werden ist ekelhaft. Seit diesem Erlebnis lassen wir uns immer los, wenn wir einer Männergruppe begegnen, aus Angst, dies könnte "'provozieren'"

„Ich wurde in der Tram von einer Person nach meinem Geschlecht gefragt, als ich diese Frage ignorierte wurde die Person laut und trat näher an mich heran und stellte die Frage noch zwei weitere Male. Letztendlich antwortete ich so leise wie möglich, damit die Person aufhörte. Aus Angst gab ich das Geschlecht an wonach ich am ehesten aussah, nicht als was ich mich identifiziere. Die Person wiederholte meine Antwort laut und fragte daraufhin, wo denn meine Titten seien. Ich ignorierte die Frage wieder, jedoch bedrängte mich die Person immer weiter und wiederholte die Frage mehrmals laut und aggressiv fordernd. Dann kam eine Haltestelle und ich stieg aus. In der ganzen Zeit hatte niemand eingegriffen […].“

Da die überwiegende Mehrheit der Befragungsteilnehmer*innen angab, homosexuell zu sein, sind diese innerhalb der Studie auch absolut am häufigsten von Gewalt betroffen. Aus dem Datensatz können jedoch keine Aussagen darüber abgeleitet werden, ob Homosexuelle grundsätzlich häufiger von vorurteilsmotivierter Kriminalität betroffen sind als beispielsweise Bi- oder Pansexuelle.

Hinsichtlich der geschlechtlichen Selbstverortung können in Bezug auf Bedrohungen als zweithäufigste Gewalterfahrung aber Differenzierungen vorgenommen werden. Während nahezu alle Teilnehmenden Beleidigungen erleben mussten und die Fallzahlen für Körperverletzungen, Eigentumsdelikte und Stalking derer, die Aussagen zum Geschlecht im Fragebogen gemacht haben, zu gering sind, um Tendenzen ableiten zu können, kann im Bereich der Bedrohungen eine Unterscheidung getroffen werden: So sind 79% der Trans* Personen, 74% der nicht-binären Personen, 53% der Cis Männer und 41% der Cis Frauen in den vergangenen fünf Jahren bedroht worden[68]. Auch wenn sich daraus aufgrund der Stichprobengröße keine generellen Aussagen darüber treffen lassen, ob etwa Trans* Personen generell häufiger von Gewalt betroffen sind als Cis Personen, entspricht der abgebildete „Trend“ den allgemeinen Erkenntnissen der beratenden Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk Sachsen. Denen zufolge sind Trans* Personen und nicht-binäre Menschen häufiger als solche sichtbar und werden entsprechend häufiger Opfer von Diskriminierungen und Gewalt.

8. Anzeigebereitschaft

Die Frage „Hast du nach dem Vorfall/den Vorfällen die sächsische Polizei verständigt oder den Übergriff/die Übergriffe bei der sächsischen Polizei zur Anzeige gebracht?“ ist im Rahmen der Studie von zentraler Bedeutung, da sie geeignet ist, auf die zweite Forschungsfrage: *„Wie hoch ist die Anzeigebereitschaft gegenüber der Polizei durch LSBTTIQ*?“* zu antworten. Gleichzeitig ist sie die zweite Filterfrage, mit Hilfe derer im Anschluss die dritte Forschungsfrage (*Welche Erfahrungen haben LSBTTIQ* im Kontakt mit der Polizei gemacht?“)* bearbeitet werden konnte.

Von 267 Personen, die Übergriffe erlebt haben, haben 30 Personen mindestens einen Vorfall bei der sächsischen Polizei angezeigt. Das entspricht nur rund 11% der von Gewalt

68 Vgl. Kreuztabelle Anhang der Studie.

Betroffenen. Diese 30 Personen gaben an, insgesamt 72 Übergriffe angezeigt zu haben. Betrachtet man die Verteilung der Anzeigen in Bezug zu den einzelnen Deliktarten, ergibt sich nachfolgendes Bild.[69]

Delikt	Anzahl	%
Körperverletzung (schwer)	7	10%
Körperverletzung (leicht)	19	26%
Eigentumsdelikt	8	11%
Bedrohung	12	17%
Beleidigung	17	24%
Stalking	6	8%
Sonstiges	3	4%

Tabelle 3: *Zur Anzeige gebrachte Übergriffe nach Delikt gem. Frage 8*

Von den 72 Anzeigen (72 stellt in diesem Fall 100% dar) wurden mehrheitlich leichte Körperverletzungen (26%) angezeigt, gefolgt von Beleidigungen (24%) und Bedrohungen (17%).[70]

Abbildung 4: *Anzeigende Personen*

Von den 1672 berichteten Gewalterfahrungen kamen also nur rund 4,3% auch zur Anzeige. Die Anzeigebereitschaft ist also sowohl in Bezug auf die angegebenen Fallzahlen als auch in Bezug auf die Betroffenen sehr gering. Die offizielle Kriminalstatistik im Bereich politisch motivierte Kriminalität (PKM) bildet in Bezug auf Gewalt gegen die sexuelle Orientierung also nur einen Bruchteil der realen Gewalterfahrungen ab. Dabei fällt nicht nur auf, dass das Dunkelfeld erheblich größer ist als das Hellfeld, also die zur Anzeige gebrachten Straftaten. Bei weitem werden nicht alle Taten, die von LSBTTIQ* als vorurteilsmotivierte Kriminalität gewertet und zur Anzeige gebracht werden, auch im Rahmen der genannten Statistik als solche erfasst. So registrierte der Kriminalpolizeilichen Meldedienst für Sachsen zwischen

69 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*, S. 26.
70 Vgl. ebd.

2001 und 2017 in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) im Themenfeld „Hasskriminalität", Unterthema „Sexuelle Orientierung" ganze 55 Fälle[71].

Im Rahmen der MANEO-Studie 2007/2008 erfassten die Forscher*innen eine bundesweite Anzeigebereitschaft schwuler bzw. bisexueller Männer von durchschnittlich 11,7% in Bezug auf die Gewaltvorfälle. In Sachsen kamen damals 8,2% der berichteten Vorfälle zur Anzeige.[72] Die Berliner Polizei geht heute von einem Dunkelfeld von 80% bis 90% aus.[73]

Die nachfolgende Tabelle zieht einen Vergleich der Antworten zu den Fragen *„Welche Vorfälle hast du zur Anzeige gebracht?" und „Wie oft wurdest du in den letzten fünf Jahren Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt?* Auch wenn ein direkter Vergleich aufgrund der unkonkret erfassten Zahl von Delikterlebnissen nicht möglich ist und hier nur von einer Mindestzahl ausgegangen werden kann, lässt sich hinsichtlich der Anzeigebereitschaft eine Tendenz darstellen: Es zeigt sich, dass eher die schwerwiegenderen Delikte, wie etwa wie Körperverletzung, zur Anzeige gebracht werden als die „leichteren" (etwa Beleidigungen oder Bedrohungen.[74]

Delikt	Anzahl der Anzeigen	Anzahl der Übergriffe ges.	Anzeigebereitschaft im Verhältnis zu Übergriffen
Körperverletzung (schwer)	7	58	12 %
Körperverletzung (leicht)	19	140	13 %
Eigentumsdelikt	8	96	8,6 %
Bedrohung	12	349	3,4 %
Beleidigung	17	868	2 %
Stalking	6	91	3,3 %

Tabelle 4: *Angezeigte Straftaten*

Die Frage nach den Gründen für eine Anzeige bei der Polizei war als Mehrfachnennung ausgewiesen, so dass die Befragten auch mehr als einen Grund angeben konnten. Es zeigt sich, dass mit 21 Nennungen der häufigste genannte Grund „allgemeine Gerechtigkeit" ist.[75]

71 Vgl. Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern (2017): *Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Buddeberg und Enrico Stange, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/11242, Thema: Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung.*
72 Vgl. MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008),* S. 31f.
73 Vgl. Leister, Annika (2018): *Homofeindliche Übergriffe. Wer sich offen zeigt, wird zur Zielscheibe.*
74 Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*, S. 27.
75 Vgl. ebd., S. 28.

Abbildung 5: *Anzeigegründe*

Hierbei fällt auf, dass für die Betroffenen weniger die konkrete Gerechtigkeit für sich selbst bei der Entscheidung für eine Anzeige zu sein scheint als das Ziel allgemeiner Gerechtigkeit und Solidarität bzw. der Schutz anderer LSBTTIQ*.

9. Erfahrungen mit der Polizei

Die dritte Forschungsfrage *„Welche Erfahrungen haben LSBTTIQ* im Kontakt mit der Polizei gemacht?"* wurde vornehmlich durch zwei Fragen fokussiert: Die erste Frage lautete *„Wenn du bereits einen Vorfall zur Anzeige gebracht hast, wie gut hast du dich in deinem Anliegen von der sächsischen Polizei begleitet gefühlt?"* Die Frage wurde den 30 Personen gestellt, die im Vorfeld angaben, einen oder mehrere Fälle bei der sächsischen Polizei zur Anzeige gebracht zu haben. Die Grafik zeigt in absoluten Zahlen die Eindrücke während der Anzeigeerstattung.

22 von 30 Personen gaben an, sich weniger gut oder gar nicht gut begleitet gefühlt zu haben. Das entspricht einem Anteil von 73%. Nur 8 Personen (27%) haben gute oder sehr gute Erfahrungen bei der Anzeige gemacht.[76]

Abbildung 6: *Erfahrungen mit der Polizei während Anzeigeerstattung I*

76 Vgl. ebd., S. 30.

In einer zweiten Frage wurden die Teilnehmer*innen gebeten, sich zu bestimmten Aussagen zu äußern, die ihren Eindruck von den Beamt*innen während der Anzeigeerstattung erfassen sollten. Nachfolgende Tabelle bildet die Einschätzungen ab:

	triff voll zu	trifft zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu	Total
Die*der Beamt*in machte in Bezug auf LSBTTIQ*-Lebenslagen bei der Anzeigenaufnahme einen kompetenten und informierten Eindruck.	0	5	11	13	29
Ich wurde ernst genommen.	2	11	10	7	30
Die*der Beamt*in war freundlich, einfühlsam und zugewandt.	1	11	10	8	30
Ich fühlte mich während der Anzeigeaufnahme geachtet und respektiert.	1	10	12	6	29

Tabelle 5: *Erfahrungen mit der Polizei während Anzeigeerstattung II*

Anhand der gehäuften Nennungen von „trifft zu" und „trifft weniger zu" kann man auf den ersten Blick den Schluss ziehen, dass die Befragten, die einen Vorfall zu Anzeigen brachten, zufrieden bzw. weniger zufrieden mit der Anzeigeerstattung waren. Um hier die Tendenzen zu verdeutlichen, wurden die positiven („trifft voll zu" und „trifft zu") und die negativen Einschätzungen(„trifft weniger zu" und „triff gar nicht zu") summiert und jeweils jeder einzelnen Aussage gegenüber gestellt[77]:

77 Vgl. ebd., S. 31.

***Abbildungen 7-10**: Einschätzungen der Polizei bei Anzeigeerstattung durch LSBTTIQ*-Befragte*

80% der Betroffenen hatten den Eindruck, dass die Polizeibeamt*innen über die Besonderheiten der Lebenslagen von LSBTTIQ* wenig bis keine Kenntnisse besaßen. Offen bleibt jedoch, warum die Beamt*innen auf diese Weisen wahrgenommen wurden bzw. ob ein Zusammenhang zwischen den Umgangsformen (beispielsweise Respekt, Freundlichkeit) und der angesprochenen Kompetenz bezüglich LSBTTIQ*-Lebensrealitäten besteht. Das als distanziert wahrgenommene Verhalten seitens der Beamt*innen könnte sowohl auf Unsicherheit als auch auf Uninformiertheit zurückgeführt werden.[78]

Nachfolgend werden einige ausgewählte Fallschilderungen zur Illustration herangezogen, in denen ein Bezug zu Erfahrungen mit der Polizei hergestellt wird. Die Rechtschreibung wurde teils berichtigt:

„Plötzlich kommt dieser Mensch auf mich zu gerannt, schreit ‚Hau ab du scheiß Transe!' und schlägt mir ins Gesicht, dadurch leichte Körperverletzung (Veilchen). Anzeige bei der Polizei, Polizei wollte auch nicht wahr haben, dass es etwas damit zu tun hatte, dass ich Transfrau bin mit der Aussage ‚Aber bei uns in (sächs. Großstadt) doch nicht!'"

„[…] Polizei hat häusliche Gewalt innerhalb der Beziehung nicht ernst genommen. […]"

„[…] mir [schlug] eine Person ins Gesicht […] [und] beschimpfte mich dabei als "Du schwule Sau". Da die Tat im Bahnhof stattfand, erstattete ich bei der Bundespolizei Anzeige und wies auch direkt auf den Täter hin. Der Bundespolizist und der Täter begrüßten sich daraufhin freundlich […]. Ich gab Anzeige auf. -- Als einige Monate nichts geschehen war, fragte ich an meinem damaligen Wohnort bei der Bundespolizei nach. In […] war nach deren Auskunft keine Anzeige aufgenommen oder sie nicht verfolgt worden. Die neuerlich gemachte Anzeige führte auch zu nichts. Die Tat wurde insgesamt nicht verfolgt."

78 Vgl. ebd., S. 39.

Eine weitere Frage zielte auf die Gründe von LSBTTIQ* ab, erlebte Gewalterfahrungen nicht zur Anzeige gebracht zu haben. Hierbei gab eine Mehrheit von 122 Personen an, dass die Polizei ihr Anliegen nicht ernst nehmen würde während 121 Personen befürchteten, die Straftat würde nicht als vorurteilsmotivierte Gewalt verstanden werden.[79]

Wenn du keinen Vorfall in Sachsen zur Anzeige gebracht hast, aus welchen Gründen hast du das nicht getan?		**Nennungen bei trifft zu/ trifft voll zu**
a)	Jemand anderes hat die Polizei verständigt.	6
b)	Ich hätte keine Zeug*innen oder Beweise gehabt.	66
c)	Ich habe mich wegen meiner Hilflosigkeit geschämt.	69
d)	Ich hatte Angst vor Rache des*der Täter*innen.	50
e)	Ich möchte nicht als LSBTTIQ* erfasst werden.	40
f)	Ich habe den Ort des Übergriffs bald verlassen.	107
g)	Der*die Täter*in wird eh nicht gefunden/ermittelt.	104
h)	**Die Polizei würde das Anliegen nicht ernst nehmen.**	**122**
i)	**Es ist eine rechtliche Grauzone und wird sowieso nicht als Straftat gegen meine sexuelle oder geschlechtliche Selbstbestimmung gewertet.**	**121**
j)	Es wäre mir zu viel Umstand gewesen.	98
k)	Es war nicht so schlimm.	58
l)	Niemand sollte etwas davon erfahren.	21
m)	Ich könnte mich selbst belasten.	13
n)	Es war mir peinlich, da es während sexueller Handlungen geschah.	2
Gesamt		877

Tabelle 6: *Gründe für Nichtanzeige I (Anmerkung.: keine prozentuale Ausgabe, da prozentuale Vergleichbarkeit aufgrund von Mehrfachnennung nicht möglich)*

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht nochmals die Gründe, warum LSBTTIQ* keine Anzeige erstattet haben. Während die vorige Tabelle die Häufigkeiten ausgewiesen hatte, zeigt die untere Darstellung die Mittelwerte (1 für „trifft voll zu" bis 4 für „trifft gar nicht zu"). Dadurch wird besonders deutlich, dass die Gründe f) bis j) die größte Relevanz bei den Befragten hatten. Die Frage wurde jedoch insgesamt nur durch etwa zwei Drittel der Befragten beantwortet. Ca. 100 Personen machten dazu keine Angaben.[80]

79 Vgl. ebd.
80 Vgl. ebd., S. 35.

	Mittelwert	Beantwortet (Anzahl)	Nicht-beantwortet (Anzahl)
a) Jemand anderes hat die Polizei verständigt.	trifft gar nicht zu (4)	163	104
b) Ich hatte keine Zeug*innen oder Beweise gehabt.	Trifft weniger zu (3)	165	102
c) Ich habe mich wegen meiner Hilflosigkeit geschämt.	Trifft weniger zu (3)	164	103
d) Ich hatte Angst vor Rache des*der Täter*innen.	Trifft weniger zu (3)	164	103
e) Ich möchte nicht als LSBTTIQ* erfasst werden.	Trifft weniger zu (3)	163	104
f) Ich habe den Ort des Übergriffs bald verlassen.	**Trifft zu (2)**	**166**	**101**
g) Der*die Täter*in wird eh nicht gefunden/ermittelt.	**Trifft zu (2)**	**164**	**103**
h) Die Polizei würde das Anliegen nicht ernst nehmen.	**Trifft zu (2)**	**165**	**102**
i) Es ist eine rechtliche Grauzone und wird sowieso nicht als Straftat gegen meine sexuelle oder geschlechtliche Selbstbestimmung gewertet.	**Trifft zu (2)**	**166**	**101**
j) Es wäre mir zu viel Umstand gewesen.	**Trifft zu (2)**	**166**	**101**
k) Es war nicht so schlimm.	Trifft weniger zu (3)	167	100
l) Niemand sollte etwas davon erfahren.	trifft gar nicht zu (4)	162	105
m) Ich könnte mich selbst belasten.	trifft gar nicht zu (4)	161	106
n) Es war mir peinlich, da es während sexueller Handlungen geschah.	trifft gar nicht zu (4)	157	110

Tabelle 7: *Gründe für Nichtanzeige II (Anmerkung: keine prozentuale Ausgabe, da prozentuale Vergleichbarkeit aufgrund von Mehrfachnennung nicht gegeben ist.)*

10. Anregungen der Befragten zum Absenken von Anzeigebarrieren

„Was bräuchtest du, damit du den Gang zur Polizei in vergleichbaren Fällen machen kannst und die Übergriffe zur Anzeige bringst?" Die Antworten der Teilnehmer*innen erhellen die vierte Forschungsfrage und wurden zu Indikatoren zusammengefasst. Dabei kommt es an dieser Stelle nicht auf die Häufigkeit von Nennungen an, sondern auf praxisnahe Hinweise, die zur Weiterentwicklung der bürgernahen lösungsorientierten Arbeit der Polizeidienststellen in Bezug auf LSBTTIQ* dienen können.[81]

Folgende Indikatoren wurden aus den Antworten abgeleitet:[82]

- Beratungsstellen, geschultes Personal
- Datenschutz
- Vorbeugung und Information
- Zuspruch und Sicherheit
- niedrigschwelliger Zugang: technische Lösung
- Allgemeines

Im Folgenden sind ausgewählte Antworten im Wortlaut aufgeführt, die den jeweils benannten Indikator beispielhaft belegen. Um die Lesbarkeit zu gewährleisten, wurden teils orthografische Anpassungen vorgenommen.[83]

a) Beratungsstellen, geschultes Personal

„Eine konkrete Anlauf- und Beratungsstelle die sich auf die Probleme von LSBPTINQ[84] Personen spezialisiert hat und mich dabei unterstützt"*

„eine spezielle abteilung bei der polizei für schwule und lesben"

„Klares Fachpersonal bei der Polizei und eine rechtliche Handhabe, wie eine Erweiterung des Artikel 3. im GG, welche meine Orientierung und geschlechtliche Identität deutlich unter Schutz stellt."

„das Gefühl, dort gibt es eine geschulte Beamtin, die keine Täter-Opfer Umkehr macht und der ich die erlebte Diskriminierung nicht erst erklären muss"

„Mehr weibliche Polizei"

„Vorurteilsfreie Polizei, besonders Männer!"

81 Vgl. ebd., S. 37ff.
82 Vgl. ebd.
83 Vgl. ebd.
84 Die Verwendung der Buchstaben P und N im Akronym der zitierten Antworten verweisen vermutlich auf Pansexualität (P) und Neutrois (N). Neutrois bezeichnet Geschlechtsidentitäten von Menschen, die sich außerhalb der Geschlechterbinarität identifizieren bzw. ein neutrales oder kein Geschlecht haben.

„Vertrauen in die Polizei, Wissen dass der Fall mit Respekt behandelt werden würde (eventuell Verweise an LGBTQ+-freundliche Polizisten)"

„Ich halte die Polizei für nicht vertrauenswürdig und selber transfeindlich."

„Eine gut ausgebildete Polizei. Da die Polizei aber nicht nur auf diesem, sondern auch auf dem rechten Auge ziemlich blind erscheint, ist das keine Option."

b) Datenschutz

„Die Sicherheit, nicht gegen meinen Willen vor fremden Personen und im persönlichen Umfeld geoutet zu werden."

„Rechtssicherheit bezüglich sensibler privater Daten"

„dass meine Kinder jederzeit sicher wären und ich niemals Angst um sie haben müsste."

c) Vorbeugung und Information

„Überhaupt erstmal ein Bewusstsein dafür, was ich zur Anzeige bringen könnte"

„Die Polizei sollte sich stärker zur Unterstützung nicht-heterosexueller Menschen bekennen, in öffentlichen Aussagen, bei Plakataktionen, auf dem CSD usw."

„Mir zeigt sich dich Polizei nur als desinteressierter, eher empathieloser weißer Männer-verein."

d) Zuspruch und Sicherheit

„Es würde mir helfen, wenn ich die Zusage der Polizei hätte, die Sache ist nicht aussichtslos"

„Sicher mehr Verständnis seitens der Polizei"

„die Sicherheit ernst genommen zu werden und nicht mit sexistischen/homophoben Vorurteilen konfrontiert zu werden"

„Sicherheit, dass ich dort mit Respekt behandelt werde und meine Erlebnisse ernst genommen werden und ich nicht von der Polizei erneut gedemütigt werde."

e) niedrigschwelliger Zugang: technische Lösung

„ein Internetportal, um die Anzeige zu stellen (gibt es in Berlin - auch in Sachsen?)"

f) Allgemeines

„mehr Selbstbewusstsein und keine Angst davor, nicht verstanden oder ernstgenommen zu werden"

„Mehr Vorbildfälle"

„Unterstützung und Bestärkung im familiären, privaten Umfeld, Beratungsangebote"

„eine Gesellschaft, die verbale und sexuelle Übergriffe gegenüber LGBTIQ+ sowie Frauen* ernst nimmt und nicht als "Kompliment", "Lappalie" oder "selbst schuld" belächelt"*

11. Weitere Studienergebnisse

Eine weitere Frage des Fragebogens zielte auf das Sicherheitsgefühl von LSBTTIQ* in Sachsen ab.

Abbildung 11: *Sicherheitsgefühl*

Das Risiko, selbst Opfer von vorurteilsmotivierter Kriminalität zu werden, wird geringer eingeschätzt als das Risiko für die Gesamtheit von LSBTTIQ* in Sachsen, obwohl die Gefahr objektiv für die Befragten besteht, da sie ja bereits zu Opfern dieser Gewaltformen geworden sind. Zu ganz ähnlichen, auf den ersten Blick erstaunlichen Ergebnissen kam auch die MANEO-Studie 2007/2008, in der das Phänomen auch bundesweit nachgewiesen wurde.[85] Die Forscher*innen von MANEO führten die Ergebnisse damals vor allem auf eine Unterschätzung des eigenen Risikos durch Bagatellisierung durch die Betroffenen selbst zurück.[86] Ob darüber hinaus eventuell auch psychologische Gründe ausschlaggebend sind, die mit der erlittenen Traumatisierung und individuellen Verarbeitungsstrategien zusammenhängen, kann anhand der Studienergebnisse nicht abschließend geklärt wer-

85 Vgl. MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008)*, S. 35f.
86 Vgl. ebd.

den. Wie oben dargestellt, liegen in Bezug auf die geschlechtliche Selbstverortung relativ wenige Angaben vor bzw. fielen die Teilnahmedaten nach Geschlechtsidentitäten sehr unterschiedlich aus, so dass aus dem Vergleich des Sicherheitsgefühls nach geschlechtlicher Selbstverortung keine verallgemeinerbaren Aussagen ableitbar sind. Erkennbar ist jedoch eine Tendenz: So gaben 64,3% der befragten Cis-Männer an, sich in Sachsen sicher bzw. sehr sicher zu fühlen. Bei den Cis-Frauen waren es 55%, während nur 43% der nichtbinären Personen bzw. 41% der Trans*-Personen angaben, sich sicher bzw. sehr sicher in Sachsen zu fühlen.[87]

Allen Studienteilnehmer*innen wurde zudem die Frage gestellt, ob sie im Nachgang der erlittenen Gewalt ärztliche Hilfe oder psychotherapeutische Beratung/Hilfe in Anspruch genommen hatten oder eine medizinisch-psychologische Selbstbehandlung nötig war.

	Ja[88]		Nein		Keine Angabe	
	Absolute Anzahl	%	Absolute Anzahl	%	Absolute Anzahl	%
Ärztliche Hilfe	28	10,5	226	84,6	13	4,9
Psychotherapeutische Beratung/Hilfe	65	24,3	193	72,3	9	3,4
Medizinisch-psychologische Selbstbehandlung	65	24,3	190	71,2	12	4,5

Tabelle 8: *Hilfesucheverhalten*

Die Frage sah Mehrfachantworten vor, man konnte also mehr als nur eine der Optionen ankreuzen. Insofern ist nicht ersichtlich, wie viele Personen keinerlei Hilfe in Anspruch nahmen. Dennoch sind die Zahlen als gering einzuschätzen: nur ein Viertel nimmt etwa professionelle psychotherapeutische Hilfe in Anspruch, obwohl die Ergebnisse der Studie zeigen, dass viele von Betroffene mehrfach Opfer gewalttätiger Übergriffe werden.

12 Fazit

12.1 Bewertung der Ergebnisse

Ziel der vorliegenden Studie war es, erstmals das Dunkelfeld der von strafrechtlich relevanter, vorurteilsmotivierter Gewalt betroffenen LSBTTIQ* im Freistaat Sachsen zu erhellen, Daten zur Anzeigebereitschaft zu gewinnen, die Erfahrungen von LSBTTIQ* mit anzeigeaufnehmenden Polizeibeamt*innen abzubilden und sinnvolle Maßnahmen für Prävention und Opferschutz abzuleiten. Die Ergebnisse zeigen, dass es entgegen der

87 Vgl. Kreuztabelle im Anhang.
88 Da sich diese Frage nicht auf eine der Forschungsfragen stützt, wurde die Tabelle im Ergebnisbericht von Sabine Fraede und Peggy Gruna nicht aufgeführt. Sie ist Teil der Materialsammlung, die der LAG Queeres Netzwerk Sachsen durch die beiden Forscherinnen im Nachgang der Studienauswertung zugänglich gemacht wurden.

bisherigen Aussagen im „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen" der sächsischen Staatsregierung bedeutende Gründe gibt, spezifische Maßnahmen seitens des sächsischen Innenministeriums und der Polizei zu ergreifen, um vorurteilsmotivierte Gewalt abzubauen, Gerechtigkeit für Betroffene zu erreichen und die Lebensqualität von LSBTTIQ* in Sachsen zu erhöhen.

Im Rahmen der ersten Forschungsthese war davon ausgegangen worden, dass in Sachsen mehr LSBTTIQ* Opfer von vorurteilsmotivierten Straftaten werden, als in der aktuellen KPMD-PMK-Statistik ausgewiesen. Das hat sich durch die erhobenen Daten bestätigt: 267 Befragte wurden nach eigenen Angaben in den vergangenen fünf Jahren **Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt**, über 40% sogar häufiger als fünf Mal. 259 von 267 Befragten erlebten Beleidigungen, Bedrohungen folgten an zweiter Stelle (vgl. Kapitel 7). In den Fallschilderungen kamen immer wieder Vergewaltigungs- und Tötungsdrohungen sowie Aussagen zur Sprache, die sich auch auf die Vernichtungspraxis des Nationalsozialismus bezogen und teils den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt haben könnten. Auch das Ausmaß leichter und schwerer Körperverletzungen ist als besorgniserregend einzustufen. Insgesamt wurden 1672 Fälle ermittelt. Allein rechnerisch wären das über sechs Fälle pro befragte Person. Es muss somit davon ausgegangen werden, dass für die Betroffenen Gewalterfahrungen zum Alltag gehören (Mehrfachviktimisierung).

Die überwiegende Mehrheit der Befragungsteilnehmer*innen gab an, homosexuell zu sein. Homosexuelle sind deshalb im Rahmen der Studienergebnisse auch absolut am häufigsten von Gewalt betroffen gewesen. Aus dem Datensatz können keine Aussagen darüber abgeleitet werden, ob Homosexuelle grundsätzlich häufiger von vorurteilsmotivierter Kriminalität betroffen sind als beispielsweise Bisexuelle oder Pansexuelle. Hinsichtlich des Geschlechts der Betroffenen lässt sich die Tendenz ableiten, dass Trans*- und nichtbinäre Personen häufiger von Bedrohungen betroffen waren als cisgeschlechtliche Männer bzw. Frauen. Diese Tendenz hat aufgrund der geringen Stichprobengröße keine repräsentative Evidenz, im Rahmen einer begründeten Vermutung scheint es aber nicht unwahrscheinlich, dass Trans*- bzw. nicht-binäre Personen aufgrund der höheren Sichtbarkeit etwas häufiger von vorurteilsmotivierten Übergriffen betroffen sein können.
Vorurteilsmotivierte Gewalttaten haben oft verheerende Auswirkungen: „Neben der Angst, immer wieder Opfer von […] Hassgewalt zu werden, können die Opfer schwerwiegende soziale Verluste erleiden: Kontaktabbruch, Wohnortwechsel, Vereinsamung, Isolation und ein tiefes Misstrauen gegenüber anderen Menschen."[89] Wie aus den Fallschilderungen ersichtlich wurde, führen die psychischen Belastungen bei einigen Betroffenen dazu, dass es ihnen unmöglich ist, die Tatorte im öffentlichen Raum weiterhin aufzusuchen. Hier sind auch Opferberatungsstellen bzw. beratende Community-Vereine gefragt, das bestehende Angebot auszubauen bzw. gezielter zu kommunizieren.

Die zweite Forschungsthese ging davon aus, dass es sächsischen Polizeibeamt*innen möglicherweise an Kenntnis und Sensibilität für LSBTTIQ* fehlt und es daher bei Betroffenen zu Hemmungen kommt, Gewalterfahrungen anzuzeigen. Nachweislich ist die **Anzeigebereitschaft** von LSBTTIQ* (vgl. Kapitel 8) in Sachsen sowohl in Bezug auf die angegebenen Fallzahlen als auch in Bezug auf Zahl der Betroffenen tatsächlich äußerst

89 Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2019): *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, S. 91.

gering. Von 267 Betroffenen brachten nur 30 Personen einen oder mehrere Fälle zur Anzeige, also knapp 11 Prozent. Nur 72 der 1672 Taten kamen dabei der Polizei zur Kenntnis, was rund 4,3% entspricht. Das Dunkelfeld ist damit als erheblich größer als das Hellfeld einzustufen. Tendenziell werden eher Körperverletzungen zur Anzeige gebracht als vermeintlich „leichtere" Delikte wie Beleidigungen oder Bedrohungen. Als Motiv für die Anzeigen war für die Betroffenen weniger die konkrete Gerechtigkeit für sich selbst entscheidend als das Ziel allgemeiner Gerechtigkeit und Solidarität bzw. der Schutz anderer LSBTTIQ*. Ob die Befragten dabei eher das Ziel verfolgen, die Polizei auf Straftaten aufmerksam zu machen als dass sie eine konkrete Bestrafung des*der Täter*innen erwarten, bleibt Spekulation.

22 von 30 Personen, die Taten bei der Polizei anzeigten, machten dort im **Kontakt mit den Beamt*innen** (vgl. Kapitel 9) weniger gute bis gar nicht gute Erfahrungen. 24 Personen bemängelten, dass die Beamt*innen in Bezug auf Lebenslagen von LSBTTIQ* keinen kompetenten Eindruck vermittelten. Jeweils 18 Personen erlebten die Beamt*innen als unfreundlich bzw. wenig einfühlsam und zugewandt, fühlten sich nicht ernst genommen bzw. nicht respektiert. Die Angst, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden, hält dann auch nachweislich viele Betroffene davon ab, überhaupt Anzeige zu erstatten. Viele befürchten zudem, dass die Straftat von den Beamt*innen nicht als vorurteilsmotivierte Gewalt aufgefasst würde. Entscheidend für die geringe Anzeigebereitschaft sind ferner das fehlende Vertrauen, dass die Täter*innen tatsächlich ermittelt werden bzw. der antizipierte Aufwand, der mit einer Anzeigeerstattung einhergehen könnte. Die Gründe für das Nichtanzeigen könnten somit teils in Bezug zu den realen Erfahrungen von Betroffenen bei der Anzeigeerstattung gesetzt werden: LSBTTIQ* befürchten, durch die Polizei nicht ernst genommen zu werden und diese Befürchtung erweist sich als durchaus begründet. Ausschlaggebend ist also fehlendes Vertrauen in die Polizei, aber auch fehlendes Wissen über die bestehende Rechtslage, datenschutzrechtliche Bestimmungen bzw. Kenntnisse über Möglichkeiten, Ablauf und Folgen einer Anzeigeerstattung. Möglicherweise spielen auch Bagatellisierungen seitens der Betroffenen eine Rolle, für die Gewalt leider nicht selten eine alltägliche Erfahrung ist. Psychische Folgen wiederholter Gewalterfahrungen könnten ebenfalls dazu führen, dass Betroffene den Kontakt zur Polizei vermeiden, um eine Retraumatisierung, etwa auch aufgrund von befürchteter Unfreundlichkeit oder erneuter Diskriminierung durch die Beamten, auszuschließen. Für eine mögliche Bagatellisierung durch die Betroffenen selbst spricht die Tatsache, dass das persönliche Sicherheitsgefühl der von Gewalt Betroffenen höher ist als das Sicherheitsempfinden, das sich auf die gesamte Szene bezieht (vgl. Kapitel 11). Die Befragten schätzen die Sicherheit für sich selbst höher ein als die für LSBTTIQ* in Sachsen allgemein, obwohl sie selbst bereits Opfer von Gewalt wurden. Ob in diesem Zusammenhang auch individuelle Verarbeitungsstrategien nach Gewalterfahrungen eine Rolle spielen, kann anhand der Studienergebnisse nicht abschließend geklärt werden. Bisher nehmen nur wenige Betroffene professionelle medizinische oder psychologische Hilfe nach erfahrener Gewalt in Anspruch. Hier sind Opferberatungsstellen bzw. beratende Community-Vereine gefragt, das bestehende Angebot auszubauen bzw. gezielter zu kommunizieren.

Ferner ging die dritte Forschungsthese davon aus, dass die Sächsische Polizei konkrete Maßnahmen ergreifen kann, um die Anzeigebereitschaft von LSBTTIQ* zu erhöhen. Viele Befragte kommunizierten im Rahmen der Studie konkrete Anregungen, die durchaus

umsetzbar erscheinen. (vgl. Kapitel 10). Chancen liegen hier vor allem in den Bereichen Sensibilisierung/Schulung der Beamt*innen für Lebenslagen von LSBTTIQ*, vertrauensbildende und aufklärende Maßnahmen, die sich an die Zielgruppen richten, Öffentlichkeitsarbeit, Diversität des Polizeipersonals und Datenschutz.

Wie aussagekräftig sind nun diese Daten? Wie bereits im Rahmen der Methodik (Kap 5) erwähnt, können die Ergebnisse der Studie einem Anspruch auf Repräsentativität methodisch nicht gerecht werden. Zum einen handelte es sich hierbei um eine Dunkelfeldstudie, die von Gewalt betroffene LSBTTIQ* in Sachsen in den Blick nimmt. Die Befragten identifizierten sich selbst als der Gruppe der LSBTTIQ* zugehörig und als von Vorurteilskriminalität betroffen. Sie hatten eine Eigenmotivation, an der Studie teilzunehmen. Die erhobene Stichprobe fiel aufgrund methodischer Schwierigkeiten bei der Distribution des Fragebogens zum anderen relativ gering aus. Bis zu einem Drittel der Befragten machten zudem keine Angaben bei den Fragen zu Alter, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, eventuell auch, um trotz zugesicherter Anonymität nicht mehr Daten preiszugeben als notwendig. Darüber hinaus wurden subjektive Sachverhalte bzw. Fallschilderungen vergangener, meist unangenehmer Ereignisse allein aus Sicht der Befragten erhoben. Es handelt sich also nicht um „objektive" Darstellungen der Realität. Erinnerungsschwierigkeiten, Verdrängungen, oder Beschönigungen können ebenso zu einer reduzierten Zuverlässigkeit und Gültigkeit von Angaben führen – ein Problem, mit dem Opferbefragungen generell konfrontiert sind.[90] Dennoch lassen sich aus den Ergebnissen zentrale Erkenntnisse über das bisher gänzlich unbekannte Ausmaß an Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen ableiten.

Die zentralen Forschungsfragen wurden damit beantwortet, die zugrunde liegenden Forschungsthesen haben sich bestätigt. Dass nur so wenige Fälle von Gewalt gegen LSBTTIQ* im Rahmen der offiziellen Statistik zu politisch motivierter Kriminalität des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD-PMK) auch als solche erfasst sind[91], liegt zum einen in der äußerst geringen Anzeigebereitschaft begründet, zum anderen aber auch in den Kategorien der Statistik bzw. in der Art und Weise, wie die Statistik erhoben wird. So werden Gewalterfahrungen aufgrund des Geschlechts bisher nicht als politisch motivierte Kriminalität erfasst. Zudem ist, anders als in den USA, die Motivlage des Täters bzw. der Täterin für die Klassifikation einer Straftat als „politisch motiviert" entscheidend. Nicht jede vorurteilsmotivierte Gewalt lässt sich aber auf eine dezidierte Haltung der Täter*innen, etwa aufgrund einer Partei- oder Gruppenmitgliedschaft, zurückführen. Vorurteile gegen LSBTTIQ* sind, wie in zahlreichen Studien nachgewiesen, in allen Bevölkerungsteilen Sachsens weit verbreitet. Auch die Vorgabe, die Einordnung der Straftat für die PMK-Statistik als Eingangsstatistik bereits sehr früh im Ermittlungsverfahren durch die Beamt*innen vorzunehmen, ist zu kritisieren. Motivlagen werden unter Umständen vielleicht erst in der gerichtlichen Verhandlung ersichtlich. Ob und wie die statistischen Einträge in solchen Fällen dann nachträglich geändert werden, ist nicht bekannt.

---

90 Vgl. MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008),* S. 11

91Für Sachsen wurden im Rahmen dieser Statistik zwischen 2001 und 2017 im Themenfeld „Hasskriminalität", Unterthema „Sexuelle Orientierung" ganze 55 Fälle erfasst, vgl. Vgl. Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern (2017): *Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Buddeberg und Enrico Stange, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/11242, Thema: Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung.*

Generell kann konstatiert werden, dass die Polizei erst dann einen Handlungsbedarf in Bezug auf Straftaten gegen LSBTTIQ* erkennt, wenn statistisch nachgewiesen ist, dass entsprechende Straftaten bzw. Gefährdungen in einem „relevanten" Ausmaß vorliegen. Insofern scheint es dringend geboten, auf eine Reform der polizeistatistischen Erfassung entsprechender Straftaten hinzuwirken. Auch scheinen regelmäßige Betroffenheitsstudien angezeigt, da die bestehenden Polizeistatistiken angesichts des großen Dunkelfeldes derzeit nicht geeignet sind, Veränderungen in der Anzahl angezeigter Fälle verlässlich zu interpretieren. So verzeichnen etwa Bundesländer wie Berlin, die seit Jahren spezielle Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ* sowie Sensibilisierungsmaßnahmen implementiert haben, in den letzten Jahren steigende Fallzahlen. Ob diese aber tatsächlich auf mehr kriminelle Handlungen zurück zu führen oder ob sie Ausdruck einer generell höheren Anzeigebereitschaft sind, lässt sich nicht eindeutig sagen.[92] Es sollte an dieser Stelle aber nicht vergessen werden, dass LSBTTIQ* nicht nur vorurteilsmotivierte Kriminalität erleben, sondern beispielsweise auch in reguläre Verkehrsunfälle verwickelt sind bzw. Opfer von Eigentumsdelikten, Einbrüchen oder anderer krimineller Handlungen werden, die nicht in Zusammenhang zu ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung stehen. Auch hier kann eine höhere Sensibilität der beteiligten Beamt*innen für die Lebenswelten von LSBTTIQ* zu mehr Zufriedenheit der Betroffenen mit der polizeilichen Arbeit führen.

12.2 Handlungsempfehlungen

In Rekurs auf die von den Befragten innerhalb der Studie geäußerten Wünsche an die Polizeiarbeit lassen sich einige konkrete Maßnahmen ableiten, die geeignet scheinen, Vertrauensbarrieren der LSBTTIQ*-Opfer vorurteilsmotivierter Gewalt gegenüber der Polizei abzubauen und die Anzeigebereitschaft zu erhöhen:

- Fokussierung von LSBTTIQ* bei Präventions- und Opferschutzmaßnahmen.

- Regelmäßige curricular verankerte Sensibilisierung der Polizei für Lebenslagen von LSBTTIQ* (rechtliche und soziale Situation, Anzeigenbereitschaft, Outing, Diskriminierungserfahrungen) sowie für LSBTTIQ*-Feindlichkeit und vorurteilsmotivierter Gewalt in Aus- und Fortbildung.

- Sachsenweite Implementierung spezieller Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ* bei der Polizei, die beraten, Anzeigen aufnehmen und aufklärende szenenahe Maßnahmen durchführen. Ähnliche Stellen wurden in vielen Bundesländern bereits mit ermutigenden Ergebnissen geschaffen.

- Diversität als Bestandteil der polizeilichen Personalpolitik verankern, Stärkung der Sichtbarkeit von LSBTTIQ*-Beamt*innen.

- Zusammenarbeit der Polizei mit Interessenvertretungen von LSBTTIQ* in Sachsen (z.B. regelmäßiger Austausch, Bildungsveranstaltungen).

92 Vgl. Leister, Annika (2018): *Homofeindliche Übergriffe. Wer sich offen zeigt, wird zur Zielscheibe.*

- Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen durch die Polizei, etwa durch Verstärkung der Präsenz bei szenenahen, politischen Veranstaltungen (z.B. CSD Dresden, Leipzig, Pirna und Chemnitz) im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel durch Informationsstände oder Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen

- Aufklärende Maßnahmen innerhalb der LSBTTIQ*-Szenen über die bestehende Rechtslage (insbesondere in Fällen von Beleidigungen) und Sensibilisierung Betroffener dafür, dass erst Anzeigen zu Aufmerksamkeit und Problembewusstsein seitens der Polizei führen und nur so Ermittlungen überhaupt möglich werden. Hierbei sind die Polizeidienststellen ebenso gefragt wie LSBTTIQ*-Vereine und -Verbände.

- Möglichkeiten der niedrigschwelligen und zeitsparenden Anzeigestellung über Onlineformulare gezielt kommunizieren und bekannt machen, transparente Informationen zu Anzeigeverfahren und Datenschutz zugänglich machen.

- Sensibilisierung von Opferberatungsstellen für die Bedarfe von LSBTTIQ*, öffentlichkeitswirksame Kommunikation des Beratungsangebotes für Betroffene vorurteilsmotivierter Gewalt, auch durch szenenahe beratende Vereine.

- Anpassungen bzw. Erweiterungen der polizeistatistischen Erfassung vorurteilsmotivierter Kriminalität gegen LSBTTIQ*.

- Konzeption von Nachfolgeforschungen zu vertiefenden Fragen, insbesondere eine allgemeine Lebenslagenstudie von LSBTTIQ* in Sachsen sowie regelmäßige Dunkelfeldstudien zu Ausmaß und Formen der Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen.

- Weiterführung und Ausbau gesamtgesellschaftlich wirksamer (Bildungs-)Maßnahmen, die die allgemeine Akzeptanz von LSBTTIQ* in allen Lebensbereichen erhöhen. Von zentraler Wichtigkeit erscheint dabei u.a. die kontinuierliche Weiterentwicklung und Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen durch die Sächsische Staatsregierung.

12.3 Ausblick

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie beziehen sich exemplarisch auf die Arbeit sächsischer Polizeidienststellen. Um vorurteilsmotivierter Gewalt gegen LSBTTIQ* in Sachsen wirksam zu begegnen, ist jedoch ebenso die Justiz gefragt: Aus Sicht der LAG Queeres Netzwerk Sachsen sind auch hier entsprechende Sensibilisierungsmaßnahmen erforderlich, um sowohl die statistische Erfassung (z.B. im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik) als auch das Erkennen, Verfolgen, Anklagen und Verhandeln im Interesse von Gewalt betroffener LSBTTIQ* weiter zu entwickeln und zu verbessern.[93]

93 Vgl. Coester, Marc (2015): *Hasskriminalität*, S. 354.

Weitere nachfolgende Forschungen sind aus Sicht der LAG Queeres Netzwerk Sachsen sinnvoll, etwa um die Erfahrungen von Szene-Beratungsstellen für LSBTTIQ* in Sachsen bzw. Opferberatungsstellen und Polizeidienststellen einzubeziehen, um tiefergehend zu erforschen, in welcher Beziehung Häufigkeit und Art der Gewalterfahrungen zu Geschlecht und sexueller Orientierung der Opfer bzw. zur Anzeigebereitschaft stehen, welche Auswirkungen Gewalterfahrungen auf die Betroffenen haben oder wer Gewalt gegen LSBTTIQ* ausübt. Des Weiteren ist es dringend notwendig, eine allgemeine Lebenslagenstudie von LSBTTIQ* in Sachsen durchzuführen, in der auch strukturelle Diskriminierungen, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich, am Arbeitsplatz oder im Kontakt mit Behörden und Ämtern erfasst werden. Eine solche Forderung wurde während des Erhebungszeitraumes der Studie wiederholt von LSBTTIQ* an die LAG Queeres Netzwerk Sachsen herangetragen. Hierbei sollte darauf geachtet werden, insbesondere auch die Bedürfnisse älterer LSBTTIQ* im Rahmen des Forschungsdesigns zu berücksichtigen. Vielversprechend scheinen auch Forschungen zu intersektionalen Diskriminierungslagen, da beispielsweise Personen, die zugleich von Rassismus und LSBTTIQ*-Feindlichkeit (z.B. queere Geflüchtete) bzw. von Behindertenfeindlichkeit oder Armut betroffen sind, als erheblich vulnerabler bzw. gefährdeter erscheinen als andere LSBTTIQ*-Gruppen.

Erst 25 Jahre sind vergangen, seitdem § 175, der homosexuelle Handlungen von Männern in der BRD unter Strafe stellte, aus dem deutschen Strafgesetzbuch gestrichen wurde.[94] Dieser historische Kontext kann ein Grund dafür sein, dass LSBTTIQ* auch heute Hemmungen haben, Kontakt zu Polizei und Behörden aufzunehmen.

Alle hier vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen haben zum Ziel, LSBTTIQ* als vulnerable Opfergruppen von vorurteilsmotivierter Gewalt anzuerkennen sowie deren Hinderungsgründe für die Erstattung von Anzeigen ernst zu nehmen und abzubauen. Bis alle LSBTTIQ* in Sachsen sicher und ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierungen leben können, sind noch viele gesamtgesellschaftliche Anstrengungen seitens Politik, Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft erforderlich. Packen wir es an!

94 In der DDR wurde ein entsprechender Paragraph bereits 1988 ersatzlos gestrichen.

A. Literatur- und Quellenverzeichnis

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte FRA (2014): *EU LGBT Survey. European Union Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Survey. Results at a Glance*, URL: http://fra.eu-ropa.eu/sites/default/files/eu-lgbt-survey-results-at-a-glance_de.pdf, letzter Zugriff 14.5.2019.

Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2019): *Todesopfer rechter Gewalt. Christopher W.*, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/christopher-w/?fbclid=IwAR3mF43BsMS2AJbPKea96nsWEZ1gxw_fcwF3nrXF62qtJ7_E67ecwV7a4wM, letzter Zugriff 10.5.2019.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.); Kalkum, Dorina; Otto, Magdalena (2017): *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität. Ergebnisse einer quantitativen Betroffenenbefragung und qualitativer Interviews*, URL: http://www.antidiskriminier-ungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Diskrimerfahrungen_in_DE_an-hand_der_sex_Identitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=4, letzter Zugriff 10.5.2019.

Bundeskriminalamt (2016): *Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität.* URL: polizei.nrw/sites/default/files/2017-11/Definitionssystem%20PMK.pdf, letzter Zugriff: 27.5.2019.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): *Häufig nachgefragt. Politisch motivierte Kriminalität*, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/pmk/pmk.html, letzter Zugriff 10.5.2019.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): *PMK 2017 – Hasskriminalität*, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017-hasskriminalitaet.pdf, letzter Zugriff 10.5.2019.

Change Centre Foundation (2015): *Queeres Deutschland 2015. Zwischen Wertschätzung und Vorbehalten*, Berlin, URL: https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Bildung/CCF_Queeres_Deutschland_31.12.2015.pdf, letzter Zugriff 10.5.2019.

Coester, Marc (2015): Hasskriminalität, in Guzy, Nathalie; Birkel, Christoph; Mischkowitz, Robert (Hrsg.): Viktimisierungsbefragungen in Deutschland, Band 1, Wiesbaden, S. 333-361.

Der Tagesspiegel (2018): *Wegen anhaltender Diskriminierung. Schwuler Jugendwart verlässt nach Predigtverbot Sachsens Kirche*, veröffentlicht am 4.5.2018, URL: https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/wegen-anhaltender-

diskriminierung-schwuler-jugendwart-verlaesst-nach-predigtverbot-sachsens-kirche/21246418.html, letzter Zugriff: 13.5.2019.

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2016): *Sachsen-Monitor 2016. Ergebnisbericht*, URL: https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2016-4038.html, letzter Zugriff: 12.5.2019.

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2017): *Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht*, URL: https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2017-4556.html, letzter Zugriff: 12.5.2019.

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2018): *Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht*, URL: https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html, letzter Zugriff: 12.5.2019.

ECRI (2017): *ECRI Conclusions on the implementation of the recommendations in respect of Germany subject to interim follow-up*, URL: https://www.ecoi.net/en/file/local/1394818/1226_1488291085_deu-ifu-v-2017-006-eng.pdf, letzter Zugriff: 12.5.2019.

Feldmann, Dorina et al. (2018): *Klassifikation politisch rechter Tötungsdelikte – Berlin 1990 bis 2008*, Berlin.

Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen,* unveröffentlicht.

Kleffner, Heike (2018): *Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt*, URL: https://www.idz-jena.de/wsddet/die-reform-der-pmk-definition-und-die-anhaltenden-erfassungsluecken-zum-ausmass-rechter-gewalt/, letzter Zugriff: 27.5.2019.

Leister, Annika (2018): *Homofeindliche Übergriffe. Wer sich offen zeigt, wird zur Zielscheibe,* in: Berliner Zeitung, 2.11.2018, URL: https://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/homofeindliche-uebergriffe-wer-sich-offen-zeigt--wird-zur-zielscheibe-31532138, letzter Zugriff 17.5.2019.

MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009): *Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008),* Berlin, URL: http://www.maneo.de/infopool/dokumentationen.html?eID=dam_frontend_push&docID=877, letzter Zugriff: 27.5.2019.

Mehlhorn, Thomas (2019): Gutachter bestätigt: Kein rechtextremes Motiv für den Tod von Christopher W., in: Freie Presse, 21.5.2019, URL: https://www.freiepresse.de/erzgebirge/aue/gutachter-bestaetigt-kein-rechtextremes-motiv-fuer-den-tod-von-christopher-w-artikel10521538, letzter Zugriff: 27.5.2019.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): *Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg*, Stuttgart, URL: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf, letzter Zugriff: 12.5.2019.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): *Queeres Brandenburg. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ* in Brandenburg*, Potsdam, URL: https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/CCC_20171128_AP_BB_Studienbericht_Queeres%20BB_final_neu.pdf, letzter Zugriff: 12.5.2019.

Oberwittler, Dietrich; Kury, Helmut (2015): *Wissenschaftliche Perspektive*, in: in Guzy, Nathalie; Birkel, Christoph; Mischkowitz, Robert (Hrsg.): *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland*, Band 1, Wiesbaden, S. 107-133.

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA) (2019): *Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt in Sachen 2018*, Dresden, URL: https://www.raa-sachsen.de/statistik-detail/statistik-2018.html, letzter Zugriff: 20.5.2019.

Robert Bosch Stiftung (2019): *Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung*, Stuttgart, URL: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2019-03/Vielfaltsbarometer%202019_Studie%20Zusammenhalt%20in%20Vielfalt.pdf, letzter Zugriff: 12.5.2019.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (2017): *Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Buddeberg und Enrico Stange, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/11242, Thema: Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung*.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2017): *Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen,* Dresden, URL: https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/29799, letzter Zugriff, 27.5.2019.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2019): *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, Dresden, URL: https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/33060, letzter Zugriff: 12.5.2019.

Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke (1999): *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 6. Aufl. München.

Tillmanns, Manuela (2019): *Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stärken – und verteidigen,* in: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig: Leipziger Zustände Januar 2019, Leipzig,

S. 38-39, URL: https://www.chronikle.org/inhalt/neue-brosch%C3%BCre-leipziger-zust%C3%A4nde-2019, letzter Zugriff: 10.5.2019.

Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.); Stange, Jennifer (2014): *Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht,* Dresden, URL: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/evangelikale_download_2014-08-19.pdf, letzter Zugriff: 10.5.2019.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter), Stuttgart.*

B. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Alter der Teilnehmenden……20

Abbildung 2: Geschlechtliche Selbstverortung……...22

Abbildung 3: Sexuelle Orientierung……..23

Abbildung 4: Anzeigende Personen……..28

Abbildung 5: Anzeigegründe……..30

Abbildung 6: Erfahrungen mit der Polizei während Anzeigeerstattung I……...30

Abbildung 7: Einschätzungen der Polizei bei Anzeigeerstattung durch LSBTTIQ*-Befragte ……31

Abbildung 8: Einschätzungen der Polizei bei Anzeigeerstattung durch LSBTTIQ*-Befragte ……31

Abbildung 9: Einschätzungen der Polizei bei Anzeigeerstattung durch LSBTTIQ*-Befragte ……32

Abbildung 10: Einschätzungen der Polizei bei Anzeigeerstattung durch LSBTTIQ*-Befragte……32

Abbildung 11: Sicherheitsgefühl……37

Tabelle 1: Betroffenheit Gewalterfahrungen……24

Tabelle 2: Anzahlermittlung Gewalterfahrungen……25

Tabelle 3: Zur Anzeige gebrachte Übergriffe nach Delikt gem. Frage 8……28

Tabelle 4: Angezeigte Straftaten……..29

Tabelle 5: Erfahrungen mit der Polizei während Anzeigeerstattung II……31

Tabelle 6: Gründe für Nichtanzeige I……33

Tabelle 7: Gründe für Nichtanzeige II……34

Tabelle 8: Hilfesucheverhalten……38

C. Namensverzeichnis Crowdfunder*innen

Diese Crowdfunder*innen haben durch ihre Unterstützung unsere Studie erst möglich gemacht. Unser großer Dank gilt namentlich:

Martina Glass / AG Fem*powerment / Jonas Klinkenberg / Maria Bühner / Tina Schunder / N. Schlag / Kate Themel / Sarah Buddeberg / Widi Van Theken / ver.di Leipzig-Nordsachsen / ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen / ver.di Sachsen West-Ost-Süd / Matthias Metzner / Jonas Nießen / Andrea Frank / Lena Schindler / Sina Meissgeier / Ulrike / Biggi / Cathleen Bochmann-Kirst / Yaël / Przemek Wnuk / Jonas Friedrich / Sven Dämmig / David Weiß / Robert G. / Der Stesch / Anja Pannewitz / Rico Bartsch / Kevin Kroschwald / Jörg Sonntag / Anja Richter / Adam Bednarsky / Phil Ruckau / Marion Maier / Morris Woschech / Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. / Eric Schöne / R. Schubert / Julia Wahle / Brit / Sabrina Weiß / Nadine / Steffen W. / Anna-Antonia / WenDo Dresden Kathrin Bein / Axel Stumpf / MS / Katharina Franck / Gabriele aus NRW / Katja Meier / Sabine Wöller / Tom Zille / Martin Engler / Paul Hösler / Daniel Herold / Marie-Therese Greiner-Adam / Anny Matthes / Micha Kranixfeld / EliJacobs / Jasmin Gräwel / Martin Wunderlich / Maria Jeschke / Christoph / Prof. Dr. Christiane Neveling / Marco Böhme / David Jugel / RAUZE / X / Karin Luttmann / Willy Vetter / Christopher Colditz / linksjugend Dresden / Daniel Knorr / Kathrin / Michael Wähner / Rasha Nasr

Auch denjenigen, die hier nicht namentlich erwähnt werden wollten, gilt unser Dank! In allem haben 154 Personen und Institutionen durch ihre Spende die Realisierung der Studie mit insgesamt 9595 EURO ermöglicht. Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen dankt in diesem Zusammenhang allen Kolleg*innen, Unterstützer*innen und Mitgliedern unseres Dachverbands, die die Realisierung dieses Projekts so tatkräftig ideell und finanziell unterstützt haben!

D. Anhang

Tabelle 9: *Sexuelle Orientierung x geschlechtliche Selbstdefinition*

Sexuelle Orientierung	Geschlechtliche Selbstdefinition	Frequency	%
Homosexuell / schwul / lesbisch	Trans*Mann	2	*1,9*
	Trans*Frau	3	*2,8*
	Trans*	2	*1,9*
	Cis-Mann	44	*41,1*
	Cis-Frau	22	*20,6*
	Inter*	0	*0*
	Nichtbinär/enby/genderqueer	12	*11,2*
	Möchte ich nicht beantworten	6	*5,6*
	Missing	16	*15*
	Total	107	*100*
bisexuell / pansexuell	Trans*Mann	3	*5,7*
	Trans*Frau	5	*9,4*
	Trans*	0	*0*
	Cis-Mann	7	*13,2*
	Cis-Frau	18	*34*
	Inter*	2	*3,8*
	Nichtbinär/enby/genderqueer	10	*18,9*
	Möchte ich nicht beantworten	3	*5,7*
	Missing	5	*9,4*
	Total	53	*100*
asexuell / demisexuell / grey	Trans*Mann	1	*20*
	Trans*Frau	0	*0*
	Trans*	1	*20*
	Cis-Mann	1	*20*
	Cis-Frau	0	*0*
	Inter*	0	*0*
	Nichtbinär/enby/genderqueer	1	*20*
	Möchte ich nicht beantworten	0	*0*
	Missing	1	*20*
	Total	5	*100*
heterosexuell	Trans*Mann	2	*28,6*
	Trans*Frau	1	*14,3*
	Trans*	0	*0*
	Cis-Mann	1	*14,3*
	Cis-Frau	0	*0*
	Inter*	0	*0*
	Nichtbinär/enby/genderqueer	0	*0*
	Möchte ich nicht beantworten	1	*14,3*
	Missing	2	*28,6*
	Total	7	*100*
	Trans*Mann	0	*0*
	Trans*Frau	0	*0*
	Trans*	1	*6,7*
	Cis-Mann	3	*20*

queer	Cis-Frau	1	*6,7*
	Inter*	0	*0*
	Nichtbinär/enby/genderqueer	9	*60*
	Möchte ich nicht beantworten	0	*0*
	Missing	1	*6,7*
	Total	15	*100*

Tabelle 10: *Geschlechtliche Selbstdefinition x Frage 1 "Wie oft wurdest du in den letzten fünf Jahren Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt?" – Antwortmöglichkeit "Bedrohung"*

Geschlechtliche Selbstdefinition	1-mal	2- bis 5-mal	über 5-mal	gar nicht	**Total**
TRANS*MANN	1	3	2	0	6
TRANS*FRAU	3	5	3	3	14
TRANS*	0	1	1	2	4
CIS-MANN	8	12	7	24	51
CIS-FRAU	8	3	4	22	37
INTER*	0	1	1	0	2
NICHTBINÄR/ENBY/GENDERQUEER	10	8	8	9	35
MÖCHTEICHNICHT BEANTWORTEN	0	5	0	6	11
TOTAL	30	38	26	66	160

Tabelle 11: *Geschlechtliche Selbstdefinition x Frage 5.b) "Wie sicher fühlst du dich in Sachsen?"*

Geschlechtliche Selbstdefinition	**Sehr sicher**	**sicher**	**Weniger sicher**	**gar nicht sicher**	**Total**
TRANS*MANN	0	3	5	1	9
TRANS*FRAU	2	5	5	2	14
TRANS*	0	1	2	1	4
CIS-MANN	3	33	16	4	56
CIS-FRAU	5	17	14	4	40
INTER*	0	0	1	1	2
NICHTBINÄR/ENBY/GENDERQUEER	0	16	17	4	37
MÖCHTEICHNICHTBEANTWORTEN	1	6	4	2	13
TOTAL	11	81	64	19	175

Studie zu Gewalterfahrung von LSBTTIQ* in Sachsen

(Umfragezeitraum: 01.01.2019 – 15.02.2019)

Bisher gibt es keine wissenschaftlichen Studien, die sich mit vorurteilsbezogener Gewalt bzw. Hasskriminalität gegen LSBTTIQ* und deren polizeilicher Erfassung im Bundesland Sachsen beschäftigen. Mit dieser Umfrage wollen wir, die LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Kooperation mit der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida, einen ersten Schritt gehen, um diese Lücke zu schließen.

Vorurteilsmotivierte Gewalt wird laut einem Bericht („Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige") des Deutschen Forum Kriminalprävention (DFK) als eine Gewalthandlung angesehen, die sich „gegen eine Person oder gegen eine Sache allein oder vorwiegend […] [aufgrund von Rassismus], der Religion, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der politischen oder sexuellen Orientierung, des Alters oder der geistigen oder körperlichen Behinderung dieser Person oder des Eigentümers oder Besitzers dieser Sache richte[t]."[1] Das heißt, aufgrund von Vorurteilen bezüglich bestimmter Merkmale werden Menschen Opfer von Gewalt und Übergriffen.

Mit den Ergebnissen schaffen wir eine wissenschaftliche Diskussionsgrundlage über Hasskriminalität, geeignete Hilfen und einen angemessenen Opferschutz in Sachsen.
Um erste Erkenntnisse zu sammeln, möchten wir daher:

1. erfassen, was Ihr als **vorurteilsmotivierte Übergriffe an Euch** wahrgenommen habt.
2. wissen, ob eine Anzeige bei der **sächsischen Polizei** erfolgte.
3. erfahren, welche Erfahrungen Ihr ggf. in dem **Anzeigeverfahren** gemacht habt oder was Ihr für diesen Schritt gebraucht hättet.

Wir wissen um die Brisanz und die Sensibilität der Fragen. Das Beantworten einzelner Fragen kann eventuell belastend sein. Bitte achtet auf Eure Grenzen und holt Euch ggf. Unterstützung aus Eurem Umfeld. Alles, was Ihr schreibt, wird anonym erhoben und verwendet. Wir erheben keinerlei Informationen, die uns Eure persönliche Identifikation ermöglichen würden. Das Ausfüllen des Fragebogens wird **ca. 10-15 Minuten** dauern.

Die Beantwortung des Fragebogens ist natürlich **freiwillig** und **kann jederzeit abgebrochen werden**. Auswerten können wir nur vollständig ausgefüllte Fragebögen.

Alle Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Fristen unwiderruflich vernichtet.

---

[1] Verweis dort auf Schneider, H.J. (2001): Opfer von Hassverbrechen junger Menschen: Wirkungen und Konsequenzen. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 84 (5), S.357-371, hier S. 359. Der Bericht des DFK kann hier eingesehen werden: https://www.kriminalpraevention.de/files/DFK/dfk-publikationen/2003_endbericht_arbeitsgruppe.pdf.

A] Fragen zu psychischen und körperlichen Übergriffen

Vorurteilsmotivierte Gewalt gegenüber LSBTTIQ* meint Gewalthandlungen, die aufgrund von Vorurteilen gegenüber diesen ausgeübt werden. In dem Moment des Übergriffes nehmen Täter*innen das Opfer als Mitglied dieser Gruppe(n), welche durch Vorurteilen abgelehnt wird/werden, wahr und üben an ihm*ihr Gewalt aus.

1. **Wie oft wurdest du in den *letzten fünf Jahren* Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt?** *(Bitte kreuze Zutreffendes an.)*

	1-mal	2- bis 5-mal	über 5-mal	gar nicht
a) Körperverletzung (schwer)				
b) Körperverletzung (leicht)				
c) Eigentumsdelikt				
d) Bedrohung				
e) Beleidigung				
f) Stalking				
g) Sonstiges				

2. Wie viele dieser Übergriffe fanden in Sachsen statt?
   Anzahl: _____

3. **In Anbetracht aller erlebten Übergriffe, brauchtest du nach einem davon medizinische oder psychologische Hilfe?** *(Bitte kreuze Zutreffendes an.)*

	ja	nein
a) ärztliche Hilfe		
b) psychotherapeutische Beratung/Hilfe		
c) medizinisch-psychologische Selbstbehandlung		

4. **Wie äußerte sich für dich die vorurteilsmotivierte Gewalt während der Tat?** *(Falls der Platz nicht ausreicht, bitte ein weiteres Blatt nutzen und an den Fragebogen anheften.)*

5. **Wie schätzt du die Sicherheit von LSBTTIQ*-Menschen in Sachsen ein?** *(Bitte kreuze Zutreffendes an.)*

	sehr sicher	sicher	wenig sicher	nicht sicher
a) Wie sicher können LSBTTQI* in Sachsen leben?				
b) Wie sicher fühlst du dich in Sachsen?				

B] Fragen zum Umgang mit erlebten Übergriffen

6. Schildere uns einen Fall, den du in den letzten fünf Jahren selbst erlebt hast. *(Bitte anonymisiere die Daten so, dass keine Rückschlüsse auf bestimmte Personen möglich sind! Falls der Platz nicht ausreicht, bitte ein weiteres Blatt nutzen und an den Fragebogen anheften.)*

7. Hast du nach dem Vorfall/den Vorfällen die sächsische Polizei verständigt oder den Übergriff/die Übergriffe bei der sächsischen Polizei zur Anzeige gebracht?

a) Ja ○ *(anschließend weiter bei Frage 8)*
b) Nein ○ *(anschließend weiter bei Frage 11)*

8. Wenn ja: Welche der folgenden Gewaltformen hast du in Sachsen zur Anzeige gebracht? *(Mehrfachnennung möglich. Bitte kreuze Zutreffendes an.)*

a) Körperverletzung (schwer)	○
b) Körperverletzung (leicht)	○
c) Eigentumsdelikt	○
d) Bedrohung	○
e) Beleidigung	○
f) Stalking	○
g) Sonstiges	○

9. Wenn ja: Warum hast du dich für eine Anzeige entschieden? *(Bitte kreuze Zutreffendes an.)*

a) Gerechtigkeit für meinen Fall	○
b) allgemeine Gerechtigkeit	○
c) als Form der Gegenwehr	○
d) zum Schutz der LSBTTIQ*-Szene	○
e) Andere Gründe: _____	○

	sehr gut	gut	weniger gut	gar nicht gut
10. Wenn du bereits einen Vorfall zur Anzeige gebracht hast, wie gut hast du dich in deinem Anliegen von der sächsischen Polizei begleitet gefühlt? *(Bitte kreuze Zutreffendes an.)*				

11. Wenn du bereits einen Vorfall zur Anzeige gebracht hast, wie schätzt du die sächsische Polizei hinsichtlich nachfolgender Punkte ein? *(Bitte kreuze Zutreffendes an. Anschließend geht es weiter bei Frage 13)*

		trifft sehr zu	trifft zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
a)	Die*der Beamt*in machte in Bezug auf LSBTTIQ*-Lebenslagen bei der Anzeigenaufnahme einen kompetenten und informierten Eindruck.				
b)	Ich wurde ernst genommen.				
c)	Die*der Beamt*in war freundlich, einfühlsam und zugewandt.				
d)	Ich fühlte mich während der Anzeigeaufnahme geachtet und respektiert.				
e)	Sonstige Eindrücke bitte eintragen: _____				

12. Wenn du *keinen* Vorfall in Sachsen zur Anzeige gebracht hast, aus welchen Gründen hast du das nicht getan? *(Bitte kreuze Zutreffendes an.)*

		trifft voll zu	trifft zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu	will ich mich nicht zu äußern
a)	Jemand anderes hat die Polizei verständigt.					
b)	Ich hätte keine Zeug*innen oder Beweise gehabt.					
c)	Ich habe mich wegen meiner Hilflosigkeit geschämt.					
d)	Ich hatte Angst vor Rache des*der Täter*innen.					
e)	Ich möchte nicht als LSBTTIQ* erfasst werden.					
f)	Ich habe den Ort des Übergriffs bald verlassen.					
g)	Der*die Täter*in wird eh nicht gefunden/ermittelt.					
h)	Die Polizei würde das Anliegen nicht ernst nehmen.					
i)	Es ist eine rechtliche Grauzone und wird sowieso nicht als Straftat gegen meine sexuelle oder geschlechtliche Selbstbestimmung gewertet.					
j)	Es wäre mir zu viel Umstand gewesen.					
k)	Es war nicht so schlimm.					
l)	Niemand sollte etwas davon erfahren.					
m)	Ich könnte mich selbst belasten.					
n)	Es war mir peinlich, da es während sexueller Handlungen geschah.					
o)	Sonstiges: _____					

13. Was bräuchtest du, damit du den Gang zur Polizei in vergleichbaren Fällen machen kannst und die Übergriffe zur Anzeige bringst? *(Falls der Platz nicht ausreicht, bitte ein weiteres Blatt nutzen und an den Fragebogen anheften.)*

E] Fragen zur Person

14. Wie alt bist du?
(Bitte kreuze Zutreffendes an.)

a) unter 18 ○
b) 18 - 25 ○
c) 26 - 35 ○
d) 36 - 45 ○
e) 46 - 55 ○
f) 56 - 65 ○
g) über 65 ○
h) möchte ich nicht beantworten ○

15. Welche sexuelle Identität hast du? *(Bitte kreuze Zutreffendes an. Mehrfach-Antwort möglich.)*

a) homosexuell/schwul/lesbisch ○
b) bisexuell ○
c) pansexuell ○
d) asexuell ○
e) demisexuell/greysexuell ○
f) queer ○
g) heterosexuell ○
h) anderes, und zwar:_____ ○
i) möchte ich nicht beantworten ○

16. Welcher Begriff entspricht deiner Selbstdefinition am besten?
(Bitte kreuze Zutreffendes an. Mehrfach-Antwort möglich.)

a) Trans-Frau, trans*Frau, Transfrau, trans*weiblich ○
b) Trans-Mann, trans*Mann, Transmann, trans*männlich ○
c) transsexuell ○
d) Trans*/transgender/transgeschlechtlich/transident ○
e) Frau (mit Transitionsgeschichte/mit transsexueller Vergangenheit) ○
f) Mann (mit Transitionsgeschichte/mit transsexueller Vergangenheit) ○
g) Cis-Mann ○
h) Cis-Frau ○
i) nicht-binär, enby ○
j) Inter*/intergeschlechtlich/intersexuell ○
k) genderqueer ○
l) anderes, und zwar: _____
m) möchte ich nicht beantworten ○

**cis bezeichnet im Unterschied zu trans* diejenigen Personen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.*

17. Wo hast du deinen Wohnsitz?

- Sachsen ○
- Sachsen-Anhalt ○
- Thüringen ○
- Berlin ○
- Brandenburg ○
- Schleswig-Holstein ○
- Bremen ○
- Niedersachsen ○
- Baden-Württemberg ○
- Bayern ○
- Hamburg ○
- Hessen ○
- Mecklenburg-Vorpommern ○
- Nordrhein-Westfalen ○
- Rheinland-Pfalz ○
- Saarland ○
- außerhalb Deutschlands, in: _____

Möchtest du uns noch etwas anderes zur Studie sagen? *(Falls der Platz nicht ausreicht, bitte ein weiteres Blatt nutzen und an den Fragebogen anheften.)*

Vielen Dank für deine Teilnahme. Die Ergebnisse werden frühestens im Frühjahr 2019 veröffentlicht.

Bitte gib den Fragebogen <u>bis spätestens 14.02.2019</u> dort zurück, wo du ihn erhalten hast oder sende ihn per Post direkt an uns.

Die Studie wird von der LAG Queeres Netzwerk Sachsen verantwortet. Die LAG wurde 2016 als Dachverband der sächsischen Organisationen und Vereine gegründet, die sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*- und inter*-geschlechtlichen und queeren Menschen in Sachsen einsetzen. Die Studienkonzeption, -durchführung und -auswertung erfolgt durch Sabine Fraede und Peggy Gruna sowie in Kooperation mit der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida (Prof.in Dr.in phil. Gudrun Ehlert, Prof.in Dr.in phil. Asiye Kaya).

Adresse:

LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.
Bautzner Straße 53
01099 Dresden
Tel: 0351 – 33204696
info@queeres-netzwerk-sachsen.de

LAG **Queeres Netzwerk** Sachsen

Studie Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen
Erhebungszeitraum: 1.1.2019 bis 15.2.2019

Online-Fragebogen:
https://www.surveymonkey.de/r/StudieGewalterfahrungenLSBTTIQinSachsen_2019

Papierfragebögen in den Landkreisen

Alternativ liegen Papierfragebögen mit identischen Fragen an folgenden Adressen aus. Sie können dort kostenfrei und anonym zurückgegeben werden und werden von den Institutionen an uns zurück gesendet. Bitte beachtet die Öffnungszeiten der Institutionen vor Ort!

Landkreis Bautzen

Bautzen

Steinhaus e. V.
Steinstraße 37
02625 Bautzen
Tel: 03591/531 99 72

Ver.di Geschäftsstelle
Goschwitzer Straße 16
02625 Bautzen
Tel: 03591/505030

Hoyerswerda

Jugendclubhaus Ossi
Liselotte-Herrmann-Straße 1
02977 Hoyerswerda
Tel: 03571/979232

Chemnitz

AIDS-Hilfe Chemnitz e.V.
Karl-Liebknecht-Straße 17b
09111 Chemnitz
Tel: 0371/41 52 23

different people e.V.
Hauboldstraße 10
09111 Chemnitz
Tel: 0371/50094

Ver.di Geschäftsstelle
Augustusburger Str. 31
09111 Chemnitz
Tel: 0371/690340

Dresden

Aids-Hilfe Dresden e.V.
Bischofsweg 46
01099 Dresden
0351/441 61 41

Ver.di Geschäftsstelle
Cottaer Straße 2
01159 Dresden
Tel: 0351/494 76-0

LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.
Bautzener Str. 53
01099 Dresden
Tel: 0351/33204696

Gerede - homo, bi und trans e.V.
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden
Tel: 0351/80 222 51

LAG **Queeres Netzwerk** Sachsen

Erzgebirgskreis

Annaberg-Buchholz

Landkreis Erzgebirgskreis
Gleichstellungsbeauftragte
Tina Lämmel
Paulus-Jenius-Straße 24
09456 Annaberg-Buchholz
Tel: 03733/831 1091

Aue

pro familia
Beratungsstelle Aue
Schneeberger Str. 50
08280 Aue
Tel: 03771/52021

Görlitz

Camillo Görlitz
Handwerk 13
02826 Görlitz
Tel: 03581/661920

Ver.di Geschäftsstelle
Elisabethstraße 17
02826 Görlitz
Tel: 03581/406753

Landkreis Leipzig

Borna

Landratsamt Landkreis Leipzig
Gleichstellungsbeauftragte
Konstanze Morgenroth
Stauffenbergstraße 4, Haus 2
04552 Borna
Tel: 03433/241 4100

Markkleeberg

Gleichstellungs- und
Integrationsbeauftragte
Susann Eube
Raschwitzer Straße 34a
04416 Markkleeberg
Tel: 0341/3533-206

Wurzen

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzen
03425/852710

pro familia
Beratungsstelle Wurzen
Friedrich-Ebert-Str. 2
04808 Wurzen
Tel: 03425/984308

Stadt Leipzig

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
Seeburgstr. 20
04103 Leipzig
Tel: 0341-30690777

pro familia Beratungsstelle Leipzig
Egelstraße 4
04103 Leipzig
Tel: 0341/2324319

RosaLinde Leipzig e.V.
Lange Straße 11
04103 Leipzig
Tel: 0341/879 01 73

LAG **Queeres Netzwerk** Sachsen

Landkreis Meißen

Landratsamt Meißen
Gleichstellungsbeauftragte
Sylvia Wolf
Loosestraße 17-19 (Haus A)
01662 Meißen
Tel: 03521/725 7229

Landkreis Mittelsachsen

Döbeln

Treibhaus e.V.
Bahnhofstraße 56
04720 Döbeln
Tel: 03431/60 53 31

Mittweida

pro familia
Beratungsstelle Mittweida
Weberstraße 1
09648 Mittweida
03727/9972031

Freiberg

Landratsamt Mittelsachsen
Gleichstellungsbeauftragte Annett Schrenk
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg
Tel: 03731/799-3328

Landkreis Nordsachsen

Delitzsch

Landratsamt Nordsachsen
Gleichstellungsbeauftragte Carola Koch
Richard-Wagner-Straße 7a
04509 Delitzsch
Tel: 03421/758 1096

Landkreis Sächsische Schweiz / Osterzgebirge

Pirna

Begegnungszentrum Pirna
Lange Straße 43
01796 Pirna
Tel: 03501/5009929

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Gleichstellungsbeauftragte
Teresa Schubert
Schloßhof 2/4
01796 Pirna
Tel.: 03501/515 1010

Ver.di Geschäftsstelle
Königsteiner Straße 2
01796 Pirna
Tel: 03501/56940

LAG **Queeres Netzwerk** Sachsen

Vogtlandkreis

Plauen

Landkreis Vogtland
Gleichstellungsbeauftragte
Veronika Glitzner
Neundorfer Straße 96
08523 Plauen
Tel: 03741/300 1060

Runder Tisch für Demokratie,
Toleranz und Zivilcourage
c/o Ev.-Luth. St.-Johannis-
Kirchgemeinde Plauen
Untere Endestr. 4
08523 Plauen
Tel: 03741/1669776

Ver.di Geschäftsstelle
Gottschaldstr. 1A
08523 Plauen
Tel: 03741/55760

Zwickau

AIDS-Hilfe Westsachsen e.V.
Georgenstraße 2 (Eingang über
Bahnhofstraße)
08056 Zwickau
Tel: 0375/230 44 65

Trans-Inter-Aktiv in
Mitteldeutschland e.V. (TIAM)
Lessingstraße 4
08058 Zwickau
Tel: 0375/81998950

Ver.di Geschäftsstelle
Bahnhofstr. 68
08056 Zwickau
Tel: 0375/818960